

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1914**

148 (30.6.1914) Erstes Blatt

# Volkshfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementpreis: Zugestellt monatl. 75 P., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 85 P.; am Postschalter 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 7/7 Uhr. Postfachkonto Nr. 2650. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 A. Totalinsetrate billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/2 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittage zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gess & Cie., Karlsruhe.

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten.

### Thronfolger Franz Ferdinand ermordet!

Die blutige Familientragödie des Hauses Habsburg ist um ein neues fürchterliches Kapitel reicher. Erzherzog Franz Ferdinand und seine Gemahlin sind in Serajewo das Opfer einer Verschwörung geworden. Nach einem mißglückten Bombenattentat streckten die zielstrebigsten Schüsse eines jungen serbischen Fanatikers den Mann nieder und dann die Frau, die den Mann mit ihrem Leibe bedeckte wollte.

Man hat angefangen die grauenvolle Tat kaum Zeit, sich den menschlichen Empfindungen hinzugeben, die sie auslöst — so gewaltig und unheilvoll sind die politischen Folgen, die sie nach sich zu ziehen droht. Franz Ferdinand war ein unbedeutender Mann, und doch hing an diesem Mann die Zukunft Oesterreich-Ungarns. Sein Regierungsantritt, der bei dem hohen Alter Franz Josephs in naher Zeit zu erwarten war, konnte den Zerfalls des alten Kaiserstaats einleiten, er konnte aber — damit rechneten die Anhänger des Thronfolgers — nach einer heftigen Krise zur Befestigung führen. Franz Ferdinand war ein beschränkter Hauspolitiker, ein entschiedener Merkantilist, aber er war immer doch ein reifer Mann und wußte, was er wollte. Er hatte keinen Anhang, der sich um seine persönliche Fahne scharte, etwas von den Nesten der alten monarchischen Zentralgewalt war immer noch in ihm lebendig.

Jetzt aber steht ein siebenundzwanzigjähriger Mensch dem Thron am nächsten, ein junger Prinz und Kavallerieoffizier, der nach menschlichem Ermessen noch Jahrzehnte zu warten hatte, ehe ihn das Geschick ins höchste Amt berief. Niemand im Oesterreich, am wenigsten vielleicht dieser junge Herr selbst, hätte daran gedacht, daß er, Erzherzog Karl Franz Josef, in absehbarer Zeit zum Thron berufen sein könnte. Man weiß von diesem Prinzen, dem Sohn des an seinen Ausschweifungen früh zugrunde gegangenen Erzherzogs Otto so gut wie gar nichts, man hatte ja auch keinen Grund, sich für ihn besonders zu interessieren. Jetzt aber wird nach einer vorausichtlichen kurzen Zeitpanne dieser unbekannt, unvorbereitete, anhangslose junge Mann Kaiser von Oesterreich sein — und die Frage drängt sich auf: Was dann?

Die Ermordung des Thronfolgers selbst ist nur ein neuer Beweis für die tiefgehende Zerrüttung des alten zum Zerfall bestimmten Staatswesens. Deutsche gegen Tschechen, Slowenen gegen Italiener, Kroaten gegen Ungarn, Polen gegen Ruthenen — es ist der Kampf aller gegen alle. Eine italienische Forderung im Südwesten, großrussische Propaganda im Nordosten, rumänische im Südosten, serbische im Süden. Obstruktion in den Parlamenten, Verfall der politischen Sitten, Jüggellosigkeit aller nationalen Leidenschaften — das ist das Bild, das dieser unglückliche Staat bietet. Was es ein Mittel, ihn zu retten, so war es nur der sichere Ausbau aller demokratischen Institutionen weit über das von der Sozialdemokratie erkämpfte allgemeine Wahlrecht zum Reichsrat hinaus, weitgehende territoriale Selbstverwaltung und nationale Autonomie. Aber weder die mächtigen Feudalherren, noch die Bourgeoisie sind gewillt, diesen Weg zu betreten, und so bleibt nichts übrig, als qualvoll langsames Verderben.

Die Schüsse von Serajewo haben diesen Verfallsprozeß beschleunigt, in welchem Maße, das wird sich vielleicht schon in naher Zukunft zeigen. Denn durch sie ist der Gegensatz des alten Oesterreichs zum Serbentum außerhalb und innerhalb der Reichsgrenzen, der schon wiederholt Europa mit schweren Gefahren bedrohte, bis zum Alleräußersten verschärft worden. Zweifellos ist Franz Ferdinand das Opfer seiner antiserbischen Politik geworden, und sollte sich zeigen, daß die Fäden der gegen ihn gerichteten Verschwörung nach dem Königreich Peters hinüberführen, dann muß mit dem Ausbruch eines schweren internationalen Konflikts gerechnet werden.

Darum muß heute schon gesagt werden, daß Deutschland auf keinen Fall Grund hat, eine gegen Serbien gerichtete österreichische Gefühlspolitik mitzumachen. Es wäre menschlich, wenn sich Habsburg für das verübte blutige Verbrechen Genugtuung schaffen wollte, es wäre aber unmenschlich, Europa deswegen in einen Krieg zu stürzen. Niemand wird dem alten Kaiser das Mitgefühl verweigern, der Schlag auf Schlag alle Äste des Stammes fallen sieht: der Bruder, den Sohn, die Gattin, jetzt den Neffen und den Enkel. Aber auch andere Menschen haben Angehörige, die ihnen lieb sind, und deren Leben sie erhalten sehen wollen, und es ist nicht mehr Sitte in unserer Zeit, an dem Grabe der Großen Gekatombenopfer zu bringen.

Die Politik der deutschen Regierung hat nichts anderes zu tun als unwirkt von persönlichen Empfindungen die Interessen des deutschen Volkes zu schützen, sie hat nicht die Aufgabe, Habsburg zu rächen oder Oesterreich zu retten. Dies würde vielleicht nicht nur ihre, sondern auch die Kraft des deutschen Volkes übersteigen. Deutschland kann aber — es sei denn im Falle äußerster Not — keine gegen

die Westmächte gerichtete Politik treiben, denn im Bunde mit Oesterreich ist Deutschland schlimmer als isoliert. Niemand weiß, wie spät oder wie früh für Oesterreich der Tag der Katastrophe kommt. Kommt er aber, ehe Deutschland, Frankreich und England einig sind, dann wird bald darauf Europa in seinem Blute schwimmen.

Angefangen der Zusammenstoß der drei großen Kulturnationen Europas mehr denn je als eine dringende Notwendigkeit. Für Oesterreich alles Mitgefühl und alle freundschaftliche Hilfe, die ohne Schädigung deutscher Interessen möglich ist. Für Deutschland aber eine sichere von Sentimentalität unbefleckte Politik — und das kann nur eine Politik der völligen Neuorientierung sein, die alle Bundesgenossen nach ihrem Werte schätzt und darum sich nicht der Notwendigkeit verschließt, neue zu werben! Der furchtbare Zusammenbruch der monarchischen Familienpolitik in Oesterreich zeigt, daß die Kraft der Bündnisse nicht mehr auf dynastischen Freundschaften beruht, sondern auf den Beziehungen der Völker zu einander — wie kann man da mit einem Staate verbündet sein, dessen Völker selbst in unaufhörlichem Krieg gegeneinander liegen?

Das deutsch-österreichische Bündnis ist eine Gefahr, die nur beseitigt werden kann durch das deutsch-französisch-englische Bündnis. Wir wollen die Toten mit allen Ehren bestatten, aber wir wollen mit den Lebendigen leben und nicht Schicksalsgenossen derer sein, die dem Untergang geweiht sind.

Serajewo, 29. Juni. Ueber das Attentat werden noch folgende Einzelheiten bekannt: Der Mörder schoß aus unmittelbarer Nähe, was die unheilvolle Wirkung der beiden wohlgezielten Schüsse erklärt. Obwohl der Landeshof den Eindruck hatte, daß nichts geschehen sei, wollte er die Fahrt durch die Stadt unter keinen Umständen fortsetzen und befahl dem Chauffeur, zum Konak zu fahren. Die Herzogin kam gegen ihren Gemahl hin und zwar gegen seinen rechten Arm. Der Landeshof Botoret glaubte, daß die Herzogin infolge eines Nervenschlages in Ohnmacht falle und wurde in dieser Meinung noch bestärkt dadurch, daß der Erzherzog und die Herzogin leise einige Worte miteinander wechselten. Erst als der Landeshof, der den des Ortes nicht kundigen Chauffeur dirigieren mußte, sich dem Thronfolgerpaar wieder zugekehrte, bemerkte er in dem offenen Mund des noch immer aufrecht sitzenden Erzherzogs Blut. Als das Automobil vor dem Konak hielt, war die Herzogin vollständig bewusstlos. Als sie aus dem Automobil gehoben wurde, sank auch der Erzherzog im Automobil zusammen. Ärztliche Hilfe war sofort zur Stelle, aber vergeblich. Beim Erzherzog wurde nach ungefähr einer Viertelstunde der eingetretene Tod festgestellt. Wenige Minuten später starb auch die Herzogin, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben.

Serajewo, 29. Juni. Außer den Attentätern wurden sogleich auch einige der Mitschuld verdächtige Personen verhaftet. Beide Attentäter sind Landesangehörige und serbisch-orthodoxen Glaubens. Gabrinovic gestand, vor kurzem in Belgrad Bomben zu dem ausdrücklichen Zweck eines Attentats auf den Erzherzog erhalten zu haben. Der zweite Attentäter gestand, er habe seit seiner Rückkehr aus Belgrad den Voratz gehabt, eine hochstehende Person zu erschließen, um die Unterdrückung der serbischen Nation zu rächen. Er habe sich absichtlich zwischen zwei verdächtige Studenten gestellt. Von dem Attentäter Gabrinovic habe er nichts gewußt. Er sei bei der ersten Vorbereitung nicht schulfertig geworden. Maßgebende Kreise sind überzeugt, daß die Attentate durch bosnische Landesangehörige ausgeführt gewesen wären, wenn nicht, wie schon seit langem bekannt, in der loyalen serbisch-orthodoxen Bevölkerung vom Ausland aus in maßvoller Weise agitiert worden wäre.

Wien, 29. Juni. Der Mörder Princip erklärte dem Untersuchungsrichter, seine Tat sei die Rache für die Unterdrückung der Serben. Bei der Einbofamiierung zeigte sich, daß beim Erzherzog die rechte Schlagader und die Luftröhre vollkommen zerstört waren. Bei der Herzogin war die große Bauchhöhlenvene vollkommen zerrissen. Der Tod ist bei beiden durch Verblutung innerhalb kürzester Zeit erfolgt. Bei der Herzogin wurde das vollkommen intakte gebliebene Geschick in der Bauchhöhle vorgefunden. Es wurde der Staatsanwaltschaft übergeben. Beim Erzherzog fand man kein Geschick. Es ist wahrscheinlich in der Halswirbelsäule stecken geblieben. (Weitere Meldungen siehe am Schluß des Blattes.)

### Nieder mit dem Militarismus!

Gestern, Montag, begann vor dem Landgericht II in Berlin der Prozeß gegen die Genossin Luxemburg. Seit der Haberner Affäre ist man nervös geworden im Kriegsministerium. Die mächtige deutsche Armee, deren journalistische Verteidiger sie lieber heute als morgen im Kriege gegen zwei Fronten sehen möchten, kann nun einmal die Kritik nicht vertragen. Und Herr v. Falkenhayn hat offenbar, wie weiland der eiserne Kanzler sagte, die gerichtliche Verfolgung der Kritiker gleich engros herlellen lassen. Das Kesseltreiben gegen die Gen. Luxemburg ist von besonderem Interesse, weil diese Prozesse sich so schön ergänzen. In Frankfurt a. M. sprach unsere Genossin gegen den Krieg, und der Herr Staatsanwalt fand, daß sie damit an dem Lebensnerv des heutigen Staates rüttelte. Prompt wurde sie ob solcher Missetat zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, wobei freilich das Gericht die Paragrafen so hübsch durcheinander brachte, daß das Reichsgericht kaum wird umhin können, den Urteilspruch anzustößen. — Jetzt handelt es sich um Soldatenmißhandlungen: Genossin Luxemburg hatte in Freiburg in einer Rede erklärt, diese Mißhandlungen seien alltägliche Erscheinungen. Zum allgemeinen Erstaunen wird darob wegen Beleidigung der Offiziere und Unteroffiziere Anklage erhoben. Gewöhnliche Sterbliche sind bei Anklage ob dieser Anklage, denn wer nicht Augen und Ohren mit Gewalt zuzumacht, der weiß ja, daß die Kriegsgesetze gerade jetzt mit Volldampf arbeiten und mit all den Fällen von Soldatenschindereien gar nicht fertig werden können. Der Herr Kriegsminister erklärte erst im Mai ds. Js. im Reichstage, daß er mit allen Mitteln an der Ausrottung der „systematischen Mißhandlungen“ arbeite. Seit Jahren hören wir die Versicherung, daß gegen die Mißhandlungen gewirkt wird. Wenn trotzdem der Kriegsminister, dem doch eine gewaltige Macht zufließt, ihrer nicht Herr werden kann, so ist damit eben gesagt, daß sie ein dem System des Militarismus notwendig anhaftender Preschaden sind, daß sie nicht auszuroffen sind, so lange das System besteht. Wer das nicht zugibt, würde die absolute Unfähigkeit der Militärbehörden konstatieren, denn an dem guten Willen, die Mißhandlungen zu beseitigen, darf man nach all den feierlichen Versicherungen nicht zweifeln. Aber das tut nichts: Wer über Mißhandlungen schreibt oder spricht, wird vor den Stadi gezerrt, denn der „Lebensnerv“ ist halt überempfindlich, wie der bloßgelegte Nerv in einem hohlen Zahn.

Es kennzeichnet die politischen Zustände im neuen Deutschland, daß gegen die Greuel der Soldatenschinderei die Sozialdemokratie ganz allein den Kampf führen muß. Die bürgerlichen Parteien haben das längst aufgegeben. Seit Wochen vergeht, wie gesagt, kein Tag, an dem nicht ein Kriegsgericht die Schuldigen wegen Mißhandlungen verurteilt, aber auch in der freisinnigen Presse wird man vergebens auch nur die Registrierung dieser Fälle suchen. Mit christlicher Liebe wird über diese Schandtat geschwiegen. Die Sozialdemokratie allein legt den Finger in die Wunde. Sie muß dabei zugleich eines der wichtigsten bürgerlichen Rechte, das Recht der öffentlichen Kritik, verteidigen, das man zu vernichten sucht.

Zu dem untergänglichsten Verdienst August Bebel's gehört es, daß er systematisch im Reichstag diese Greuel brandmarkte. Die Tribüne des Parlaments war damals die Arena, auf der sich unsere Genossen mit dem Militarismus auseinandersetzten. Jetzt hat der Kriegsminister dafür gesorgt, daß der Gerichtssaal die Stätte wird, wo dieser Kampf sich konzentriert.

Ein Massenaufgebot von Zeugen hat sich der Verteidigung, welche von den Rechtsanwälten Dr. Kurt Rosenfeld (Berlin) und Levy (Frankfurt) geführt wird, zur Verfügung gestellt, um über die Zustände in der Armee nach dieser Richtung hin genaue Auslagen zu machen. Die Opfer des Systems melden sich zu Worte; sie selbst werden dem Kriegsminister und allen Verfechtern des Militarismus die Wahrheit sagen. Das Gericht hat allerdings die Ladung aller Zeugen abgelehnt, ebenso den Antrag auf Einforderung von Urteilen der Kriegsgerichte aus den letzten sechs Jahren, in welchen Tausende von Mißhandlungsfällen festgestellt sind. Infolgedessen hat die Verteidigung selbst die Zeugen geladen und zwar vorläufig 106. Weitere 100 stehen zur Verfügung.

Wie immer der Prozeß ausgehen mag, die Sozialdemokratie wird im Dienste der Menschheit den Kampf gegen Krieg und Militarismus samt all seinen Greueln weiterführen. Gerade dieser Prozeß wird zum Signal werden für einen noch zehnfach schärfer geführten Kampf mit der Lösung: Nieder mit dem Militarismus!

Wir werden über die Verhandlung ausführlich berichten.

Berlin, 29. Juni. In der Strafkammerkammer gegen Rosa Luxemburg beantragte der erste Staatsanwalt Verurteilung, da keine konkreten Beweisanträge vorlagen, und er imstande sein müsse, zunächst zu prüfen, ob die Tatsachen, die behauptet wurden, wirklich vorgekommen sind. Die Verteidigung erklärte sich bereit, bis morgen genau mitzu-

sen  
74  
1930  
lefen.  
mmen.  
chonet.  
latze.  
anstalt  
(bad)  
uhe.  
e Bäder.  
alz(Rappe-  
er Stass-  
Schwefel-  
Bäder.  
Verktagen:  
vormittags  
hr abends.  
Mittag ge-  
275  
stagen bis  
abends.  
Uhr.  
altener, und  
ist billig zu  
s Augusten-  
l. 6th. 1926  
umen.  
auch für das  
öffentliche  
Senftern,  
Pflanzen  
st eingeladen.  
lung Herbor-  
Belobungen u  
Klangen aus-  
dem Bureau  
haus Zimmer  
reien Preiser  
reien Preiser  
Garbst. 68.  
n. 15. Juff  
n. 1926  
Karlsruhe.  
Samt  
1801  
Telefon 629.  
für  
Auswärts:  
2 junge  
1 junger  
—  
2 ab. 1 alt.  
1  
8 junge  
2  
2 jg.  
10 junge  
5 junge  
1  
2  
3  
3  
1  
3 junge  
8 jung  
4  
4  
6  
6  
6  
10  
1 u 3.

teilen, über welche Tatsachen die einzelnen Zeugen Bekundungen machen sollen. Hierauf vertagte das Gericht die Verhandlung auf morgen.

### Das Ergebnis von München.

K. E. München, 27. Juni.

In einer Zeit schweren wirtschaftlichen Niedergangs, völliger Stöckung staatlicher Sozialpolitik, gesteigerter polizeilicher Schikane und verschärfter Abschredungsjustiz gegen die Arbeiterbewegung hat der Münchener Kongress der freien Gewerkschaften Rechenschaft abgelegt von der Tätigkeit der letzten Jahre und sich die Bahn geebnet von der Tätigkeit der letzten Jahre. Diese sechs Tage ruhiger, jachlicher und unermüdbarer Arbeit war die Antwort der wirtschaftlichen Verbände der Arbeiterschaft auf die neue Aera der Verfolgung. Man setzte dem aufgeregten Treiben die ruhige, ernste Zurechtweisung einer Macht gegenüber, die sich nicht nur unüberwindlich weiß, sondern auch des rechten Weges wohl bewußt ist. Auch über die Kreise der Sozialdemokraten hinaus hat dieses Arbeitsparlament der Arbeiter seinen Eindruck nicht verfehlt. Selbst die liberalen „Münchener Neuesten Nachrichten“ äußern ihr Erstaunen, daß der sonst so repräsentationslustige liberale Münchener Magistrat den Kongress nicht durch einen Vertreter hat offiziell begrüßen lassen; nur incognito hat sich ja ein Vertreter des Magistrats zeitweilig im Kindkeller aufgehalten.

Das Ergebnis der Tagung war gesteigerte Einheitlichkeit und das erneute Bekenntnis unbeeugener Entschlossenheit. Wer etwa gewöhnt hat, daß der Kongress der Gewerkschaften, sei es mit Rücksicht auf die Verhältnisse der Polizei sie für politisch zu erklären, sei es durch gewisse Diskussionen innerhalb der Sozialdemokratie veranlaßt, diesmal mit besonderer Heftigkeit die Trennung zwischen Gewerkschaften und sozialdemokratischer Partei vollziehen würde, der kam ganz und gar nicht auf die Rechnung. Im Gegenteil, so scharf man betonte, daß man sich selbst durch Polizeigewalt nicht zwingen lassen werde, unmittelbar politische Zwecke zu verfolgen, so nachdrücklich hat man sich auch das Recht gewahrt, mit der politischen Partei in Verbindung zu treten und im Interesse der Arbeiterschaft die Gesetzgebung mittels der Partei und der Parlamente zu beeinflussen. Noch weniger fühlten die Gewerkschaften sich veranlaßt, von der Sozialdemokratie etwa wegen der neuerdings aufgetauchten Neigung zum Massenstreik abzurücken. Es wurde wiederholt der Versuch gemacht, die Massenstreikfrage zu erörtern. Man hat sie aber im Keime erstickt. Nicht deshalb, weil man etwa nicht auch den Massenstreik für ein Mittel der Arbeiterbewegung hielt, sondern weil die Gewerkschaften mit Recht es nicht lieben, über ihre zukünftige Taktik zu diskutieren. Wie wenig aber diese Ablehnung der Diskussion gleichbedeutend ist mit einem Verzicht auf eine Wehr mit jeglichem tauglichen Mittel, das zeigte die Aeußerungen, die fast in allen Referaten wiederkehrten und stets mit demonstrativem Beifall begrüßt wurden: Die Gewerkschaften bleiben auf dem Weg der Gesetzmäßigkeit, aber wenn man ihre Bewegungsfreiheit antastet, dann tragen die Herrschenden die Verantwortung, wenn die Grundlagen der bisherigen Taktik verlassen werden. Das sprach Robert Schmidt aus in seinem Referat über die Sozialpolitik, das wiederholte August Winnig in seinem Bericht über die Arbeitslosenversicherung. Von den Gewalthabern des heutigen Staates hängt es ab, ob die Bewegung als friedliche Reform oder als katastrophale Revolution verläuft.

Die Differenzen zwischen der politischen Partei und der Gewerkschaftsbewegung sind nach diesem Münchener Kongress verschwindender denn je zuvor. Wie sollte es auch anders sein; es gibt außer der Sozialdemokratie heute keine politische Partei in Deutschland, an die man überhaupt denken könnte, daß sie in auch noch so bescheidener Weise Arbeiterinteressen ehrlich vertreten wollte. Alle Angriffe der Staatsgewalt, der Polizei, der Justiz, der

Unternehmerverbände, der bürgerlichen Parteien richten sich ja gerade gegen die unmittelbare Gegenwartsarbeit der Gewerkschaften auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung. Und Schutz findet diese Gegenwartsarbeit nur bei der Sozialdemokratie, von der man behauptet, daß sie sich in der Negation der kapitalistischen Gesellschaftsordnung erschöpfe. Die Gewerkschaften können nicht das mindeste Vertrauen zum heutigen Staat haben, der seine Gewalt einseitig anwendet, um die Selbsthilfe des Proletariats zu lähmen. Deshalb war man einmütig in der Ueberzeugung, daß man sich nur auf die eigene Kraft verlassen dürfe und weder in der Frage der Arbeitsnachweise noch in der der Tarifverträge zurzeit eine gesetzliche Regelung wolle. Eine Aufgabe freilich hat der Staat zu lösen: den Schutz der Arbeitslosen, die Arbeitslosenversicherung. Und hier haben Reich, Einzelstaaten und Gemeinden bisher kläglich versagt. Somit aber fordern die Gewerkschaften nur Bewegungsfreiheit und die gesetzliche Gleichberechtigung.

In den wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter vollzieht sich heute eine bedeutende Entwicklung. Das Proletariat hat nicht nur die Macht erkannt, die in seiner wachsenden Zahl und in seiner Unentbehrlichkeit im modernen Produktionsprozeß liegt, sondern es beginnt auch seine unmittelbare wirtschaftliche Macht zu organisieren. Zwar wird der einzelne Arbeiter, solange die kapitalistische Gesellschaftsordnung besteht, niemals über eng gesetzliche Grenzen teilhaben können an den ungeheuren Ernteträgnissen der kapitalistischen Industriegesellschaft, wohl aber kann das Proletariat in seiner organisierten Gesamtheit die Möglichkeiten der kapitalistischen Freiheit zu bedeutendem Teile für sich selbst gewinnen. Damit erreichen die Arbeiterorganisationen selber kapitalistische Macht. Den ersten Versuch haben die Gewerkschaften auf diesem Gebiete mit der Volksfürsorge gemacht. Schon sprach man davon, daß auch die Feuerversicherung früher oder später von der privatkapitalistischen Ausbeutung befreit werden soll. Und eines Tages werden die organisierten Arbeiter die Zinsen ihrer Sparmilliarden für sich selbst verwenden. Namentlich zur Lösung der Wohnungsfrage, anstatt wie bisher sie durch die öffentlichen Sparkassen von heute mit ihren Ersparnissen ihren Feinden billigen Kredit zu ermöglichen.

Auch in organisatorischer Hinsicht schreiten die Gewerkschaften sichtlich zu neuen Formen vorwärts. Der ungelöste Konflikt, der bei der Beratung und Beschlußfassung über das Regulatorische zwischen den Anhängern der Berufsorganisationen übrig blieb, ist nur ein Zeichen dieser Heraushebung anderer organisatorischer Formen. Die Veränderungen der allgemeinen Betriebsbetriebsformen haben die berufliche Gliederung der Organisationen innerlich bereits zu erheblichem Teile zerlegt. Wenn der Kongress dennoch in seiner großen Mehrheit es grundsätzlich bei den Berufsorganisationen beließ, so hat er doch zugleich die Organisationen so geregelt, daß sie jede Anpassung an die wirtschaftliche Entwicklung ohne Störung gestatten dürfte. Zugleich aber hat der Kongress — und das ist vielleicht seine wichtigste Entscheidung — die Einheit aller Gewerkschaften dadurch fester denn je zusammengefügt, daß er die solidarische Sanktion der Gesamtheit für größere und schwerere Bewegungen einzelner Gewerkschaften einmütig bekräftigt.

Die Vertreter der Gewerkschaften verlassen München in dem sicheren Bewußtsein, daß sie in der Festigung des gewerkschaftlichen Glieds der Arbeiterbewegung die Einheit, die Kraft, die Klarheit, die Entschlossenheit aller Zweige des proletarischen Freiheitskampfes gefördert haben.

### Deutsche Politik.

Die neue Marinevorlage.

Die von einer Zentrums-Korrespondenz gebrachte Meldung, es sei eine neue Marinevorlage in Vorbereitung,

wird in einem halbamtlichen „Dementi“ bestätigt. „Berliner Lokalanzeiger“ vom Samstagabend schreibt, daß der Vorbereitung für eine Flottenvorlage keine Rede sein; aber: „Zur Durchführung der im Flottengesetz vorgesehenen planmäßigen Indienststellungen, im besonderen der Auslandschiffe, im Rahmen dieses Gesetzes und der vorhandenen Schiffe ist — wie bereits seit längerer Zeit bekannt ist — noch eine Mannschaffsvermehrung erforderlich. Auf die Notwendigkeit einer baldigen Vermehrung der im Auslande befindlichen Schiffe hat Großadmiral von Tirpitz bereits im letzten Reichstage hingewiesen.“

Also die Flottenvorlage kommt. Welche Kosten sie erfordern wird, werden wir auch noch erfahren. Nächstes Reichstag hiß!

Die „Germania“ bemerkt zu dem Dementi: „Etwas Wahres ist also doch an der Korrespondenz-Nachricht, die wir gestern wiedergegeben haben: Es steht jetzt schon nicht nur eine Mannschaffsvermehrung, sondern auch eine Vermehrung der im Auslande befindlichen Schiffe in Aussicht. Und was kommt später? Wir werden ja sehen.“

### Ein plumper Schwindel der Zentrums-Presse.

Aus Mülhausen i. E. verbreitet die Zentrums-Presse die Legende, ein dortiger „Genosse“ habe, nachdem er einige Monate Gefängnis zudiffert bekam, ein Gnabengesuch an den Kaiser gerichtet, in welchem die üblichen Phrasen an den „Allerburchlauchtigsten, Großmächtigsten Kaiser und Königl. Allergnädigsten Kaiser, König und Herr! In Majestätlichen und Königlich Majestät!“ usw. vorkommen und worin der Bittsteller — der Name wird vorzüglich verschwiegen — dem Kaiser „eine untertänigste Bitte zu Füßen zu legen magt mit dem vollen, hingebenden Vertrauen und allerhöchste Huld und Gnade, um zu schließen: „Ich vertraue mich der Gnade meines Kaisers und verleihe dem Kaiser Majestät untertänigster Diener.“ Am Schluß heißt es um auch hier den Namen nicht zu nennen: „folgt Unterschrift“.

Wie die „Oberelsässische Landeszeitung“, der dieselbe „köstliche Schriftstück“ auf den Tisch „geflogen“ ist, zwischen zugeben mußte, handelt es sich bei dem Bittsteller um einen gewissen Wilh. K o r n aus dem Vororte Dornach, der vor einigen Monaten wegen Betruges auf Kosten der kommunalen Arbeitslosenversicherung zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt wurde und den die Partei in Dornach sofort nach dieser gerichtlichen Entlassung, zu welcher noch andere Nummern kamen, aus der Organisation ausschloß. Und diesen Ausschlossenen stellt die Zentrums-Presse jetzt ihren Lesern als „sozialdemokratischen Führer“ und „Übergewonnen“ vor! . . . Daß der Ehrenmann der Zentrums-Presse näher steht, als der Sozialdemokratie, beweist er durch seine Verbindungen mit der Zentrums-Presse und dadurch, daß er gar keinen Versuch machte, gegen seinen Ausschluß aus der Parteiorganisation irgend eine Parteifinanz anzureufen. Wer so wirbt gemacht!

### Bayerische Justiz.

Die bayerische Justiz gegen die Presse wird berichtigt. In Bayreuth wurde bekanntlich in einer Straffache gegen unser dortiges Parteiblatt nicht nur der verantwortliche Redakteur, sondern auch noch ein anderer Redakteur unter Anklage gestellt, und in München werden die Redakteur und Mitarbeiter des „Simplicissimus“ vor das dortige Schwurgericht geschleppt, obgleich der Erscheinungsort dieses Blattes Stuttgart ist. Was Landgericht München I hat jetzt die Eröffnung des Hauptverfahrens wegen Majestätsbeleidigung nicht nur gegen den verantwortlichen Redakteur Freiler vom „Simplicissimus“, sondern auch gegen den Illustrator Gullbranson und den Dichter Edgar Steiger beschloßen. Die Angeklagten hatten vergebens in einer Beschwerde darauf verwiesen, daß sie in Stuttgart, dem Erscheinungsort des Blattes, angeklagt werden müßten. Die Verhandlung vor dem Schwurgericht wird im Herbst stattfinden. Die Angeklagten haben als Verteidiger den Reichstagsabgeordneten Justizrat Gauzmann in

### Die Götter dürsten.

Roman aus der französischen Revolution.

Von Anatole France.

(Nachdr. verb.)

(Fortsetzung.)

Liebe Schwester! „Das Tribunal schickt mich aufs Schafott; es ist die einzige Freude seit dem Tod meiner angebeteten Liebsten. Sie haben mir das einzige genommen, was mir von ihr geblieben ist, eine Granatblüte, die sie, warum, weiß ich nicht, als Nelke bezeichneten.“ „Ich liebe die Kunst. In Paris sammelte ich in den glücklichen Zeiten Gemälde und Kupferstiche, die sich jetzt in Sicherheit befinden und die man Dir sobald wie möglich herausgeben wird. Ich bitte Dich, liebe Schwester, sie als Andenken an mich zu bewahren.“ Er schnitt sich eine Haarlocke ab, legte sie in den Brief, faltete ihn zusammen und schrieb die Adresse: „An die Bürgerin Clemence Dezeimeris, geb. Maubel in La Réole.“

„Alles was er an Geld besaß, gab er dem Gefängniswärter und bot ihm, diesen Brief zu besorgen. Dann bestellte er sich eine Flasche Wein und leerte sie schluckweise in Erwartung des Henkerkarrens. . . Nach dem Abendbrot eilte Camelin in den „Amor als Maler“ und trat in das weiße Zimmer, in dem Glodie ihn allnächtlich empfing. „Du bist gerächt,“ sagte er. „Jacques Maubel ist nicht mehr. Der Karren, auf dem er zum Schafott gebracht wurde, fuhr bei Fadelstein an deinem Fenster vorbei.“ Sie begriff.

„Glender! Du hast ihn gemordet; und er war nicht mein Geliebter. Ich kannte ihn gar nicht. . . hab ihn nie gesehen. . . Wie war er? Jung, lebenswert. . . unschuldig. Und du hast ihn gemordet, Glender!“ Sie sank ohnmächtig dahin. Doch in dem Schatten ihrer Umarmung fühlte sie ihren Busen von Abischen und Wollust schwellen. Sie kam halb zu sich; das Weiße ihrer Augäpfel trat unter ihren schweren Lidern hervor; ihre Brust hob sich und ihre tastenden Hände suchten ihren Geliebten. Sie drückte ihn in ihre Arme, als wollte sie ihn erdrücken, krallte ihre Nägel in sein Fleisch und gab

ihm mit ihren zuckenden Lippen den stummsten, längsten schmerzlichen und süßesten Kuß.

Sie liebte ihn mit allen Sinnen, und je fürchtbarer, je grauamer, je schweißiger er ihr erschien, je mehr sie ihn mit dem Blut seiner Opfer bedeckt sah, um so mehr hungerte und dürstete sie nach ihm.

### Siebentes Kapitel.

Am 24. Frimaire um zehn Uhr morgens, bei klarem, rosigem Sonnenschein, der das Eis der Nacht auftaute, begaben sich die Bürger Guenot und Delourmel, Kommissare vom allgemeinen Sicherheitsausschuß, in die Barnabitenkirche und ließen sich zum Ueberwachungsamt des Bezirkes führen, der im früheren Kapitol seinen Sitz hatte. Sie trafen den Bürger Beauvisage, der gerade Holzstücke in den Kamin warf, wurden ihn aber infolge seiner kleinen verkrüppelten Gestalt nicht gleich gewahrt.

Mit der brüchigen Stimme aller Qualigen lud der Bürger Beauvisage die Kommissare ein, Platz zu nehmen, und stellte sich ihnen ganz zur Verfügung. Guenot fragte ihn, ob ihm ein früherer Des Jettles bekannt sei, der in der Nähe des Pont-Neuf wohnte. „Es ist“, wie er hinzusetzte, „einer, den ich verhaften soll.“ Damit entfaltete er den Befehl des allgemeinen Sicherheitsausschusses.

Beauvisage überlegte eine Weile, dann erwiderte er, daß ihm ein Individuum Des Jettles nicht bekannt sei und daß der Verdächtige dieses Namens nicht im Bezirk wohnen könnte. Auch einige Teile der Bezirke „Museum“, „Einheit“, „Marat und Marseille“ lagen ja in der Nähe des Pont-Neuf; und wenn er doch im Bezirk wohnen sollte, dann jedenfalls unter anderem Namen, als dem im Verhaftsbefehl genannten. Nichtsdestoweniger sollte er bald ermittelt werden.

„Verlieren wir keine Zeit!“ sagte Guenot. „Er fiel unserer Nachsicht auf durch einen Brief einer seiner Mitschuldigen, der aufgefangen und dem Ausschuß vorgelesen worden.“ Er sprach davon, daß der Bürger Jacoiz Kenntnis davon genommen, daß sie überliefen; die Anzeigen treffen von allen Seiten in solcher Fülle ein, daß man nicht mehr weiß, auf wen man hören soll.“

„Auch beim Ueberwachungsamt des Bezirkes,“ sagte Beauvisage stolz, „laufen unausgesetzt Anzeigen ein. Die

einen machen ihre Enthüllungen aus Gefinnung; andere besticht der Hunderttaus-Schein. Viele Kinder denungstren ihre Eltern, um sie zu beerben.“

„Dieser Brief“, sagte Guenot, „stammte von einer früheren Hochemauere, einer galanten Frau, bei der Birbirt gespielt wurde. Er trägt die Adresse des Bürger Mauline, ist aber für einen Emigranten in Bits Diensten bestimmt. Ich habe ihn bei mir, um Ihnen die nötigen Mitteilungen über den Des Jettles zu machen.“

Er zog den Brief aus der Tasche. „Er beginnt“, sagte er, „mit ausführlichen Angaben über die Konventsmitglieder, die man nach Behauptung dieser Frau mit Geld bestechen könnte, oder auch mit dem Versprechen einer hohen Stellung in einer neuen stabileren Regierung, als diese. Dann folgt dieser Passus:

„Ich komme eben von Herrn Des Jettles; er wohnt nahe beim Pont-Neuf in einer Dachstube, in der ihn nur die Katzen und der Teufel finden können. Seinen Lebensunterhalt verdient er sich mit Anfertigen von Sappelmännern. Er ist ein Mann von Verstand, darum teile ich Ihnen das Wesentlichste aus seinem Gespräch mit. Er glaubt nicht, daß der gegenwärtige Zustand noch lange andauern wird. Sein Ende sieht er nicht im Siege der Koalition, und die Ereignisse scheinen ihm recht zu geben. Denn wie Sie wissen, sind die Nachrichten vom Kriesschauplatz seit einiger Zeit schlecht. Eher glaubt er an einen Aufstand der kleinen Leute und der Frauen aus dem Volke, die noch fest an ihrer Religion hängen. Der allgemeine Schrecken, den das Revolutionstribunal verbreitet, wird nach seiner Meinung bald ganz Frankreich gegen die Jakobiner in Aufruhr bringen. „Dieses Tribunal,“ sagte er scherzend, „das die Königin von Frankreich und eine Protostantin richtet, gleicht jenem William Shakespeares, den die Engländer so lieben.“ usw. Er hält es nicht für unmöglich, daß Robespierre die Königin Witwe heiratet und sich zum Protektor des Königreichs machen läßt. — Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie die mir geschuldeten Summen, d. h. tausend Pfund Sterling, auf dem gewohnten Wege zufommen ließen. Aber schreiben Sie ja nicht an Herrn Morhardt; er ist eben verhaftet worden und ins Gefängnis gekommen.“ usw.

(Fortsetzung folgt.)

Stuttgart, Justizrat Bernstein und Rechtsanwalt Anton Gansler in München gestellt.

Die bayerische Regierung bestätigte das angefochtene Verbot des Schülerturnens in den Arbeiterturnvereinen, da diese Vereine sich nach Ansicht der Regierung politisch betätigen.

Das Haager Schiedsgericht und der deutsche Wehrbeitrag.

Die deutsche Reichsregierung hat bekanntlich den Einspruch der russischen Regierung auf Heranziehung russischer Staatsangehöriger in Deutschland zur Wehrsteuer abgelehnt. Hierzu äußert der „Berl. Lokalanzeiger“ von unterrichteter russischer Seite, Rußland sei geneigt, diese Streitfrage dem Haager Schiedsgericht zu überweisen, da es sich lediglich um die Interpretation des deutsch-russischen Handelsvertrages handle.

Die Arreststrafe der Unterbeamten soll wohlwollend geprüft werden.

Wie eine Notiz aus vergilbten Blättern früherer Jahrhunderte erweist die Meldung einer Nachrichtenstelle, daß die preussische Staatsregierung gegenüber den wiederholt vorgebrachten Wünschen auf Beistellung der Arreststrafe gegen Unterbeamte „bereit sei, bei der geplanten Umarbeitung des Disziplinargesetzes vom 21. Juli 1883 in eine wohlwollende Prüfung der Frage einzutreten, ob die Arreststrafe ganz zu beseitigen oder nur für gewisse Beamtenkategorien beizubehalten sein wird, und zwar für solche, die militärisch organisiert sind.“

Also Derartige darf dem deutschen Volke im 20. Jahrhundert noch geboten werden! Obendrein werden diejenigen, die gegen solche mittelalterlichen Zustände ankämpfen, als Feind und Umstürzler verfolgt. Es lebe ein solches Vaterland!

Programm des Zentrums-Schauspiels in Münster i. W.

Die „Germania“ veröffentlicht an der Spitze ihrer Ausgabe vom Samstagabend das „Programm“ der 61. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands, die vom 8. bis 13. August in Münster i. W. stattfinden soll. Das Programm ist interessant genug, um es unseren Lesern mitzuteilen. Es zeigt, daß die Zentrumsführer ausgezeichnete Regisseure von Schauspielen sind, sodaß der weltbekannte Regisseur Reinhardt noch von ihnen lernen kann.

Für Samstagabend ist vorgesehen: Feierliches Glockengeläute von allen katholischen Kirchen der Stadt, dann treffen der Gäste im Fürstenhof. Für Sonntag: Von 5-11 Uhr heilige Messen, um 10 Uhr Pontifikalamt im Dom; 10 Uhr: Messe in der Festhalle; 11 Uhr: Messen in allen Pfarrkirchen; 12 Uhr: Messe im Dom; 11 Uhr: 1. geschlossene Versammlung im Rathaus; 11 Uhr: Versammlung für einzelne Gruppen der Arbeitervereine in der Festhalle; 2 Uhr: Festzug der katholischen Vereine und Festversammlung; abends 8 Uhr: Begrüßungsfeier. Montag: 8 Uhr früh: Pontifikalamt im Dom zu Ehren der allerheiligsten Jungfrau, der Patronin der Generalversammlung; 10 Uhr: Versammlung der „Organisation der Katholiken Deutschlands zur Verteidigung der christlichen Schule und Erziehung“; 11 Uhr: zweite geschlossene Versammlung im Rathaus; 1/3 Uhr: Sitzung der Ausschüsse im städtischen Gymnasium; 5 Uhr: erste öffentliche Versammlung in der Festhalle; Dienstag: 8 Uhr früh: Requiem für die verstorbenen Mitglieder der früheren Generalversammlung des Volksvereins für das katholische Deutschland in der Festhalle (Eintritt frei); 11 Uhr: zweite geschlossene Versammlung im Rathaus; 1/3 Uhr: Sitzungen der Ausschüsse im Gymnasium; 5 Uhr: zweite öffentliche Versammlung in der Festhalle; abends 9 Uhr: Eucharistische Feier des Männer-Apostolats im Dom. Mittwoch: 8 Uhr früh: heilige Messen im Dom und in Pfarrkirchen; 1/10 Uhr abends: Gartenfest im Schützenhof. Donnerstag: 7 Uhr früh: heilige Messen; 8 Uhr: vierte geschlossene Versammlung im Gymnasium; 10 Uhr: vierte öffentliche Versammlung; 1/3 Uhr: Festmahl. Das sind die Hauptveranstaltungen; die Uebersicht über alle Veranstaltungen soll noch veröffentlicht werden.

Nun aber die Kosten. Wer von den Mitgliedern am Begrüßungsabend, an den geschlossenen und öffentlichen Versammlungen, an den Ausschusssitzungen usw. teilnehmen will, hat 7,50 M zu zahlen - Auswärtige 50 % mehr. Für nummerierte Plätze ist eine Zuschlagskarte für 4 M oder 1,50 M für den einzelnen Tag zu lösen. Karten zur Teilnahme am Begrüßungsabend und an vier öffentlichen Versammlungen kosten 5 M (nummerierte Plätze 4 M mehr), für Damen 6 M, für Studentinnen 4 M. Die Lehrer haben für diese Karten 5 M, die Lehrerinnen 4 M zu zahlen. Tageskarten für eine der vier öffentlichen Versammlungen oder für den Begrüßungsabend kosten 1,50 M (Zuschlag für nummerierte Plätze 1,50 M); Tageskarten für Damen, die auf der Galerie Platz zu nehmen haben, kosten 1,50 M.

Unglaublich, daß bei den jetzigen ersten politischen Zeiten noch unzählige Proletarier einer Partei nachlaufen können, die derartige Schaulust aufweist, statt mitzuwirken, daß dem geknebelten Volke politische und wirtschaftliche Rechte errungen werden.

Zentrums-Verkehrswirtschaft.

Zur Landtagswahl in Köln-Land-Bergheim-Euskirchen schreibt ein Geistlicher der intransigenten „Kölnen Korrespondenz“:

„Die Erziehung zum preussischen Landtage in Köln-Land-Bergheim-Euskirchen, die am 19. Juni stattfand, ist nach verschiedenen Seiten bemerkenswert. Zunächst war die Beteiligung der Wahlmänner sehr gering, was bei Beurteilung der Tatsache, daß die Wahl einstimmig erfolgte, in Betracht gezogen werden muß. Allerdings wird auch das gute Wetter manchen ländlichen Wahlmann abgehalten haben, einen ganzen Tag der Wahl, die unter den vorliegenden Verhältnissen doch nur eine Formside war, zu opfern. Weit mehr interessiert die Person des Zentrumskandidaten Josef Pauli aus Köln-Lindenthal. Sein Vater war in den Jahren 1888 bis 1907 ein hervorragendes Mitglied der liberalen Fraktion im Kölner Stadtparlament. Sein Bruder ist der Vorsitzende des Bundes der Landwirte für die Rheinprovinz, der Gewählte ist in niemals für die Zentrumsparlei kandidierte

unermesslich hervorgetreten. Jedoch hat er persönliche Vorzüge: Er ist nämlich der Schwager des Kölner Oberbürgermeisters und der Vetter des Quertreibers Abg. Karl Trindorn, der bekanntlich Vorstand der rheinischen Zentrumsparlei ist, sowie stellvertretender Vorsitzender des Volksvereins und außerdem natürlich zum Reichsausschuß des Zentrums gehört.

Uebrigens sind die Verhältnisse in der Umgebung der rheinischen Metropole, was die Zentrumskandidaten betrifft, nicht uninteressant. Den genannten Wahlkreis vertreten außer Herrn J. Pauli noch der Generaldirektor des Volksvereins Die Pieper, wohnhaft in M. Gladbach und der Kreisinspektor Dr. Geh zu Wipperfurth. Beide haben mit dem von ihnen vertretenen Wahlkreis keine persönliche Fühlung. Und doch ist innerhalb des Kreises wiederholt der dringende Wunsch laut geworden nach einem Kandidaten, der der Landwirtschaft angehört. Solcher Kandidaten gibt es im Kreise selbst eine Menge. Bevor die Kandidatur des Herrn Dr. Pieper aufgestellt worden war, hatten die Vertrauensmänner den Gutbesitzer Comp aus Rodem bei Brühl, also aus dem Kreise selbst, in Vorschlag gebracht. Aber kurz vor der Wahl wurden die Wahlmänner von Köln aus aufgefordert, Herrn Dr. Pieper ihre Stimme zu geben. Wer die Mittel kennt, mit denen die „Parteidisziplin“ innerhalb des rheinischen Zentrums durchgeführt wird, wundert sich nicht, daß die Vertrauensmänner diesem Gebot nachkamen. Warum die Kölner Zentralleitung so vorging? Herr Dr. Pieper und Herr Dr. Geh, ebenso wie der Reichstagsabgeordnete Oberlehrer Rudolph, sind Unitarier, also Vereinsbrüder des Kreishefess Pfarrrer Pastert. Letzterer ist stolz darauf, diese seine Vereinsbrüder ins Parlament gebracht zu haben, er macht aus seiner Befriedigung auch kein Hehl. Nicht also die Wähler ernennen die Abgeordneten, sondern das befragt eine kleine Clique. Den Wählern wird das Kopfschütteln überlassen. Das nennt man dann ein demokratisches Wahlrecht einer Volksparlei.

Es erübrigt sich dieser sachkundigen und durchaus zutreffenden Schilderung der Zentrums-„Demokratie“ durch einen eingeweihten katholischen Geistlichen etwas hinzu zufügen.

Ein auffälliger Integraler.

Pfarrer Nieborowski, der Herausgeber der „Katholischen Aktion“, dem von der bischöflichen Behörde in Breslau verboten worden war, einen Vortrag in Breslau zu halten, hat diesen Vortrag trotzdem gehalten. Wie die „Schlesische Volkszeitung“ berichtet, soll er sich dabei über die Kundgebung des Domkapitels in scharfer Form ausgesprochen haben. Das schlesische Zentrumsblatt findet das Verhalten Nieborowskis natürlich „unerhört“.

Die neue preussische Maulkorbordnung.

Ueber die geplanten Änderungen der Geschäftsordnung im preussischen Dreiklassenhaus weiß die „Tägl. Rundschau“ zu berichten:

Der Präsident soll künftig die Reihenfolge der Redner festsetzen, so daß sich niemand mehr auf die Stärke seiner Fraktion oder seine frühere Meldung zum Wort berufen kann. Er soll selbständig Zeit und Tagesordnung der nächsten Sitzung festsetzen, wenn das Haus ihn dazu ermächtigt oder es infolge Aufhebung der Sitzung wegen Beschlußunfähigkeit oder Aufhebung der Sitzung wegen Beschlußunfähigkeit oder Aufhebung der Sitzung entschieden kann. Die Aufhebung ist hier zum ersten Male als Begriff in die Geschäftsordnung eingeführt. Auf bewegte Sitzungen deutet ferner die Bestimmung hin, daß einem Abgeordneten, dem nach dreimaligem Ruf zur Sache oder nach dreimaligem Ordnungsruf in derselben Rede das Wort entzogen wird, in derselben Debatte das Wort nicht mehr erteilt werden darf. Bei Bemerkungen zur Geschäftsordnung oder persönlicher Natur kann der Präsident dem Redner nach fruchtloser Mahnung das Wort entziehen, ohne vorher das ganze Haus zu befragen. Eine Einschränkung der Redezeit ist in dem Vorentwurf noch nicht enthalten, doch sollen Anträge in dieser Richtung sowie zu noch weiterer Ausdehnung der Disziplinargewalt des Präsidenten in Vorbereitung sein.

Die neue Geschäftsordnung wird der Rechten bessere Gelegenheiten geben, an unbehaglichen Rednern ihr Mißbehagen zu äußern, sie wird dadurch der Quell neuer, erregter Szenen werden, die Empörung über das stumpfsinnig gewalttätige System des echten Preussentums wird dadurch noch gesteigert werden. Was sonst durch sie erreicht werden könnte, ist nicht recht einzulähen.

Im Lippe'schen Landtag

kam es bei Besprechung einer Vorlage über die Erweiterung des kirchlichen Steuerungsrechts zu einer hitzigen Debatte über die Frage, wann die Regierung die Forderung nach einem Kirchenaustrittsgesetz erfüllen werde. In Lippe ist es nämlich noch ländlich sittlich, daß jeder „Untertan“, er sei Heide, Jude oder Christ, der Landeskirche zu dem hehren Zweck der Steuerzahlung angehören muß. Der Minister trat dem Anspruch auf Verlegung eines Austrittsgesetzes jetzt mit dem Hinweis auf die Kirchenaustrittsbewegung, die von der Sozialdemokratie unterhalten werde, entgegen. An die Ausarbeitung eines entsprechenden Gesetzes sei nicht früher zu denken, als bis sich die Bewegung in den Großstädten verlaufen habe. Sonst entstehe die Gefahr, daß die Bewegung auch ins Lippe'sche Land getragen werde, und hier den landeskirchlichen Bestand gefährde. Die konservativ-national-liberale Mehrheit gab sich mit dieser Mißlage zufrieden.

Badische Politik.

Des Zentrums Haß und Neid.

Durch den Wälderwald des Zentrums gehen zurzeit hasserfüllte neidische Berichte über Beamtengehälter, die aus den „Arbeitergroßen“ der sozialdemokratischen Partei und den freien Gewerkschaften bezahlt werden. Die Darstellung über übermäßigen Gehaltsaufwand der Partei- und Gewerkschaftsangehörigen schließt mit dem Satz: „Wann werden die deutschen Arbeiter erkennen, ihre Einnahme nicht Reuten zu verwenden, die den Klassenkampf in scharfster Form führen?“

Es braucht wohl nicht darauf hingewiesen werden, daß unsere Gewerkschafts- und Parteibeamte für ihre aufreibende Arbeit keine übermäßig hohe Bezahlung erhalten, was die Gehaltsstarke ausweisen. Von politischen Verfolgungen, Gefängnisstrafen usw. gar nicht zu reden, denen sie ständig ausgesetzt sind. Aber schon vom allgemeinen gewerkschaftlichen Standpunkt aus ist diese zen-

trümliche Attade auf die Gehälter der Gewerkschaftsbeamten sehr unvernünftig. Die christlichen Gewerkschaften müssen doch ihre Beamten auch bezahlen und bezahlen sie nicht schlechter wie die freien Gewerkschaften, wobei die christlichen Gewerkschaftsbeamten zum Teil lange nicht die umfassende Arbeit zu erledigen haben, wie die Beamten der freien Gewerkschaften. Während oft schon an Plätzen, wo nur ein Duzend Christen organisiert sind, ein bezahlter christlicher Agitator hingelegt wird, ist es bei den freien Gewerkschaften der Brauch, nur da einen Beamten anzustellen, wo eine ausgiebige organisatorische Arbeit für denselben vorhanden ist.

Aber dann eine andere Seite der Betrachtung. Die katholische Kirche bezahlt nämlich ihre Würdenträger mit ganz anderen Summen, was z. B. aus den hinterlassenen Vermögen der Kardinalen Dreglia und Dr. Kopp zu beweisen ist. Kardinalen mit 100 000 Fr. Einkommen, Bischöfe mit 36 000 Mk. und mehr Gehalt, Pfarreien mit einer Pfürnde von 10- und 20 000 Mk. sind durchaus keine Seltenheit, wobei die Arbeitszeit dieser Herren mit der Arbeitszeit der Partei- und Gewerkschaftsbeamten im umgekehrten Verhältnis steht zur Bezahlung. In dieser Tatsache ist nichts zu ändern, auch wenn die kirchlichen Würdenträger mit ihren reichen Geldmitteln ab und zu in „Böhtätigkeit“ machen.

„Jung-Zentrum“.

Der „Bad. Landesbote“ hat aus dem Umstand, daß die „Präsidien“ der katholischen Jugendvereine vom „Beobachter“ angehaucht wurden, weil sie in der Jung-Zentrum-Versammlung im Hotel Nowak fehlten, geschlossen, daß die katholischen Jugendvereine vom Zentrum als Pflanzstätten für den Nachwuchs des Zentrums in Anspruch genommen werden. Das ist dem Zentrum natürlich unangenehm, weil hier offen zugegeben wird, daß man es bei den katholischen Jugendvereinen tatsächlich mit politischen Organisationen zu tun hat, was immerhin Konsequenzen haben kann.

Der „Beobachter“ speit daher Gift und Galle gegen den „Landesboten“ und schreit über „Denunziation“, wo doch der „Beobachter“, wenn es etwas zu denunzieren gibt immer vornebrant ist. In einem langen Artikel sucht er mit allerhand jesuitischen Knäufen und Kniffen den Nachweis zu führen, daß Dignes nicht zu trifft. Er meint gerade aus dem Umstand, daß die „Präsidien“ fehlten und angehaucht werden mußten, sei zu schließen, daß die katholischen Jugendvereine bisher mit der Politik keine Fühlung hatten.

Aber der „Landesbote“ hat vollständig recht. Auch wenn die „Präsidien“ den Schein wahren, als ob es sich bei ihrer „Jugendpflege“ nicht um die Hauptfrage, nämlich das Zentrumsinteresse, handelt, so weiß doch alle Welt, daß in den katholischen Jugendvereinen die Zentrums-jecklinge gezüchtet werden. Als jeinerzeit an der Kirchenfeier von „St. Stefan“ ein Aufruf angeschlagen war, der zum Gebet für die Zentrumsparlei aufforderte und das Zentrum unangenehme Bemerkungen über die Kirche als Agitationsbude des Zentrums lesen und hören mußte, drückte sich der „Beobachter“ um die unangenehme Geschichte damit herum, daß er behauptete, jenes Plakat sei nicht vom Pfarramt „St. Stefan“ angeschlagen worden, sondern sei ein privates Vergnügen eines katholischen Jugendvereins gewesen. Im Bestreiten und Beschönigen ist der „Beobachter“ noch immer groß gewesen. Die katholischen Jugendvereine sind ebenso Pflanzstätten für das Zentrum, wie der katholische Volksverein. Mit der Firma soll lediglich nach Art der Schwindelfirmen, die Welt getäuscht werden.

Es hilft ihm aber nichts. Wir erwarten von den Beobachtern, daß „Jung-Zentrum“ d. h. die katholischen Jugendvereine, ebenso behandelt werden wie die Arbeiterjugendvereine. Geht dies nicht, so legen wir das zu den übrigen reaktionären Maßnahmen der badischen Regierung gegen die Arbeiterbewegung.

Der Landtag in Dettingheim.

Nach dem vorwöchentlichen Besuch Dietlingens folgte gestern der Landtag der Einladung des Dettingheimer Volksschauspieltheaters. Mit bekannter trefflicher Weise kam Schillers grandioses Freiheitsdrama zur Aufführung, die besonders den bei der Tell'schützen Mitwirkenden und der Regie Gelegenheit gab, den besten Beweis ihres Könnens zu erbringen. Dem Dank für das Gebotene seien daher Worte der Anerkennung für die immer größere Vollendung verratende Wiedergabe angeschlossen.

Neunter Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands.

München, den 27. Juni 1914.

Schlichte leitet die Verhandlungen. Winnig (Bauarbeiter) begründet als Referent zum Punkt Arbeitslosenfürsorge

eine Resolution, in der gesagt wird: „Der 9. Kongreß der deutschen Gewerkschaften, die Vertretung von 2 1/2 Millionen organisierter Arbeiter und Arbeiterinnen, sieht gleich den früheren Kongressen in der Arbeitslosenfürsorge eine öffentliche Pflicht.“

Die Arbeitslosigkeit hat seit Jahren den Charakter einer vorübergehenden Erscheinung mehr und mehr verloren. Es handelt sich darum bei der Arbeitslosigkeit keineswegs um einen nur zeitweilig auftretenden Notstand, dem durch vorübergehende Maßnahmen zu steuern wäre, sondern um eine dauernde Beeinträchtigung der Wohlfahrt und der gewerblichen und sittlichen Tüchtigkeit der arbeitenden Klassen, sie erfordert daher dauernde Einrichtungen zu ihrer Bekämpfung wie zur Abwehr ihrer Wirkungen. Diese Einrichtungen können nur bestehen in der Organisation der Arbeitsvermittlung und in der öffentlich-rechtlichen Arbeitslosenversicherung durch das Reich und solange diese nicht zu erreichen ist, durch Staat und Gemeinden; für die Arbeitslosenversicherung sind in den Unternehmenseinrichtungen der Gewerkschaften wertvolle Grundlagen gegeben. Demgegenüber fordert der Kongreß alle Organisationen der Arbeiter und Angestellten auf, der Forderung der öffentlich-rechtlichen Organisation der Arbeitslosenversicherung in den Mittelpunkt ihrer Agitation zu stellen, sie zum Probierstein des sozialen Reformwillens zu machen und ihren ganzen Einfluß im öffentlichen Leben dafür einzusetzen!

Der Redner gab ein anschauliches Bild von der wirtschaftlichen Entwicklung unter der kapitalistischen Herrschaft. Die veränderten Produktionsverhältnisse, in Verbindung mit der Umwälzung der sozialen Grundlage der Gesellschaft, hat die Arbeitslosigkeit zu einer Dauererscheinung gemacht. Persönliches Verschulden kann man nicht dafür verantwortlich machen, es handelt sich um eine soziale Krankheit. Ihre Symptome sind Mangel auf der einen, Ueberschuß auf der anderen Seite. Hunderttausenden, die darben, stehen Tausende gegenüber, die üppig leben. Gelegentliche Maßnahmen sind zwecklos, notwendig sind Einrichtungen zur Versicherung der Arbeiter öffentlich-rechtlichen Natur. Hier zeigt sich der große Widerspruch der heutigen Verhältnisse. Allerhand wenig wichtige Angelegenheiten hat man durch Bestimmungen geregelt, aber für die überaus wichtige Gütererzeugung gibt es keine Regelung. Eingehend schildert Redner sodann, was auf kommunalem Gebiet in der Frage der Arbeitslosenfürsorge getan worden ist. Weiter schildert er, wie im Reich und den Einzelstaaten die Frage behandelt worden ist. So, daß man nun glaubt vor einem Trümmerhaufen zu stehen, alle Hoffnungen enttäuscht! Für die Entwicklung in der Frage des Koalitionsrechts und der Arbeitslosenversicherung sind entscheidend, entweder soziale Reform oder soziale Revolution. Wir stehen mit der Arbeiterbewegung auf dem Boden der sozialen Reform. Wir brauchen eine richtige Sozialpolitik. Man rühmt unsere Kultur. Wie steht es damit? Hunderttausende Familien leben in drangvoller Enge, Hunderttausende Proletarierinnen sind zur Erwerbsarbeit gezwungen, Millionen Kinder wachsen auf, ohne Pflege und Aufsicht, wie die Wilden. Glaubt man die Ernährung. Nur wenige Arbeiter kennen unsere Kunstwerke. Wenn der Gehalt der Arbeitslosenversicherung einmal zurückgewiesen worden ist, wir müssen ihn zum 100. Male ansprechen. Wenn sich auch Welle auf Welle bricht, der Strom geht weiter. (Leb. Beifall.)

In der Diskussion wird das Kölner System teils befürwortet, teils abgelehnt. Die vom Referenten vorgelegte Resolution wurde einstimmig angenommen.

**Leipziger (Holzarbeiter) spricht sodann über „Die gesetzliche Regelung der Tarifverträge.“**

In der vom Referenten unterbreiteten Resolution heißt es: „Die Tarifverträge sind das Ergebnis der gewerkschaftlichen Kämpfe für die Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiter bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen... Die Mehrzahl der Unternehmer, besonders in der Großindustrie, lehnt die Gleichberechtigung der Arbeit und damit den Abschluß von Tarifverträgen noch immer ab. Daraus ergibt sich für die Gewerkschaften die Notwendigkeit in erster Linie und mit allen Kräften diesen Kampf durchzuführen. Aber auch die Sicherung des seither erzielten Einflusses auf die Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch die Tarifverträge ist immer noch abhängig von der Macht der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter... Die Gewerkschaften wünschen nicht schon jetzt eine gesetzliche Regelung der Tarifverträge, weil der Boden dafür nach den angeführten Tatsachen noch lange nicht als genügend geebnet werden kann. Die Gewerkschaften fordern vielmehr, um der gedeihlichen Entwicklung der Tarifverträge zu dienen, völlige Freiheit für ihre auf Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiter gerichtete Bewegung... Aufgabe der Unternehmer sowie der Behörden und Regierungen muß es zunächst sein, ihren Widerstand gegen die freie Entfaltung der Arbeiterorganisationen fallen zu lassen und alle Hemmnisse zu beseitigen, welche die Anerkennung der Gewerkschaften und damit zugleich der Entwicklung der Tarifverträge entgegengestellt worden sind.“

Zum erstenmal, so bemerkte der Referent, beschäftigte sich ein Gewerkschaftskongreß mit dieser Frage. Man behauptete auch, die Gewerkschaften hätten in dieser Beziehung ihren Standpunkt geändert. Das sei nicht ganz richtig. Man müsse erst Erfahrungen sammeln. Es sei auch nicht richtig, daß die Gewerkschaften Streikvereine in dem Sinne seien, wie die Gegner behaupten. Die Kämpfe waren notwendig, um auf den Stand von heute zu kommen; ohne Kämpfe kein Tarif. Es liegt noch kein Anlaß vor, gesetzliche Regelung zu verlangen; die Vorbedingungen dafür sind noch nicht geschaffen. Durchaus unsicher ist die rechtliche Grundlage der Tarifverträge. Strittig ist, welchen Personenkreis der Tarif erfasst. Der Tarif muß das Gewerbe binden, Abweichungen nach unten für Einzelne müssen unzulässig sein. Die Vertragsbedingungen haben als Minimum zu gelten. Die Abdingbarkeit kann nicht anerkannt werden, sonst hat der Tarif keinen Wert für die Arbeiter. Die Gewerkschaften sollen zwar einen Zwang auf die Mitglieder ausüben, aber die Gewerbeordnung räumt ihnen keinen Zwang ein. Sogar moralischer Druck, wenn es sich um die Wahrnehmung von Arbeiterinteressen handelt, wird für strafbar erklärt. Andererseits hat das Reichsgericht entschieden, daß Zwang, zwecks Durchführung von Tarifverträgen von Gewerkschaften ausgeübt, kein Verstoß gegen § 152 und 163 der Gewerbeordnung sei. Jedenfalls zeigt sich, daß schon heute die rechtliche Grundlage für die Durchführung von Tarifverträgen gegeben ist. Die Faltung der Gewerkschaften kann durch besondere Bestimmungen ausgeschlossen oder auf bestimmte Grenzen beschränkt werden. Schlichtungskommissionen geben die Möglichkeit, Streitigkeiten und Meinungsverschiedenheiten auszutragen. Im allgemeinen handelt es sich immer um eine Machtfrage. Auf unsere eigene Kraft und Stärke müssen wir uns verlassen. Eine mächtige Gewerkschaft ist das beste Mittel, das Tarifwesen zu fördern.

Dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Referat folgte eine kurze Debatte, worauf die Resolution ohne Gegenstimme zur Annahme gelangte.

Die Feststellung des Ergebnisses der Wahl der Mitglieder der Generalkommission ergab die Wiederwahl der bisherigen Mitglieder. Von den vorgeschlagenen Genossen lichen Drey und Drunzel in der Minderheit. Das Schlussreferat:

**„Der Einfluß der Lebensmittelteuerung auf die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse“**

referierte Timm-München. Seinem Referat lagen Zeitfächergründe, von denen wir die folgende herausheben:

„Die Lebensmittelteuerung und die Einfuhr erschwerten, die Ausfuhr fördernden Maßnahmen haben in Deutschland eine unangenehme Verteuerung der Lebenshaltung der arbeitenden Klassen hervorgerufen. Nur den durch die gewerkschaftliche Tätigkeit erkämpften Lohnerhöhungen ist es zu verdanken, daß nicht überall eine verheerende Verschlechterung der Lebenshaltung eingetreten ist...“

Die Landwirtschaftsgruppen verlangten erhöhte Zölle auf Obst und Gemüse, Butter, Eier und Käse; außerdem einen Zoll auf Milch und Sahne. Angesichts der Gefahr, daß bei Ablauf der bestehenden Handelsverträge das Entium der Hochschutzzölle noch weiter ausgebaut und dadurch für die ar-

beitenden Schichten in Deutschland eine weitere Verteuerung des Lebensmittelunterhalts eintritt, fordert der 9. Kongreß der organisierten Arbeiterchaft auf, rechtzeitig und geschlossen sich an jeder Abwehrbewegung gegen die ihre Lebenshaltung verteuernenden Bestrebungen entschieden zu beteiligen...“

Die Selbsthilfe der Arbeiter gegen die Verteuerung ihrer Lebenshaltung muß auf das wirksamste gefördert werden. Der 9. Gewerkschaftskongreß fordert daher die arbeitenden Schichten des Volkes erneut zum konjunktionsgenossenschaftlichen Zusammenschluß auf, sowie zur Unterstützung der gemeinnützigen genossenschaftlichen Kleinwohnungsbestrebungen. Die freien Gewerkschaften haben sich als die mächtigsten Faktoren zur Sicherung der Einkommen gegen die wachsenden Lebenskosten bewährt. Der 9. Gewerkschaftskongreß ruft daher alle Arbeiter und Angestellten auf, sich einheitlich den freien Gewerkschaften anzuschließen und dadurch jene Macht zu schaffen, die stark genug ist, um der maßlosen Verteuerung der Lebenshaltung entgegenzuwirken, und über den Ausgleich zwischen Lebenskosten und Löhnen hinaus eine absolute Verbesserung der Lebensbedingungen der nur auf ihre Arbeit angewiesenen Schichten zu erringen.“

Nur geschulte Redner die Ursachen der Teuerung, um dann, auf einwandfreies Material sich stützend, das Verhältnis zwischen Lohn und Lebenshaltungskosten darzustellen. Dabei ergab sich klar und deutlich, daß im großen und ganzen die Lohnsteigerungen durch Preissteigerungen wieder aufgehoen werden. Gemäß ihren Aufgaben mühten die Gewerkschaften grundsätzlich den Kampf gegen Verschlechterung der Lebenshaltung und Verbesserung der Arbeitsverhältnisse führen. Leider könne man sich dabei nur auf die Sozialdemokratie stützen. Das Zentrum gebe mit den Zollwunderparteien. (Lebhafter Beifall.)

Eine Diskussion fand nicht statt; durch einstimmige Annahme der Resolution Timm erklärte sich der Kongreß mit seinen Beschlüssen und Ausführungen einverstanden.

**Schluss der Verhandlungen.**

Dann schloß Schilde den Kongreß. Er sprach den Dank aus für die tüchtige Vorarbeit und gastliche Aufnahme, durch welche sich das Lokalkomitee den Delegierten gegenüber ausgezeichnet habe. Sodann wies der Redner einen kurzen Rückblick auf die Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisationen und die Arbeiten der Kongresse. Das frühere Mißtrauen gegen die Generalkommission sei geschwunden, die Debatten hätten geher früher an Sachlichkeit gewonnen. Das sei eine Frucht gewerkschaftlicher Erziehung. Die sozialpolitischen Referate bildeten flammende Proteste gegen die Minderwertigkeit der Gegner. Wenn ein verstärkter Antrag zur Resolution über das Koalitionsrecht keine Annahme gefunden habe, dann aus der selbstverständlichen Meinung, daß man nicht kampflös das Koalitionsrecht beseitigen lassen werde. (Zustimmung.) Unser Grundgedanke ist: den Arbeitern zum Schutz, den Unternehmern zum Schutz! — Weiter spricht Redner allen Gästen, auch den Vertretern bürgerlicher sozialer Vereine, den Dank für ihr Erscheinen aus. Gegen früher habe sich die Situation wenig verändert: Feinde und Verleumder ringsum. Mit einem Satz auf die freien Gewerkschaften schließt Schilde die Verhandlungen.

**Aus dem Lande.**

**Offenburg.**

— Aus der Stadtratsitzung vom 22. Juni. Die Maschinenfabrik beim Wasserwerk wird dem Mechaniker Matthias Schmid hier provisorisch überlassen. — Zur Veranlassung einer Obst-, Gemüse- und Gartenbauausstellung wird dem Gartenbauverein die Landwirtschafliche Halle zur Verfügung gestellt und gleichzeitig die Stiftung von 2 Ehrenpreisen zugesagt. — Dem Großh. Bezirksamt befürwortend vorgelegt werden 2 Gesuche um Aufnahme in den hiesigen Staatsverband und das Konzeptionsgesuch zum Betrieb des „Brauübels“ hier.

\* Steinen bei Königshaus, 29. Juni. Hier wurde die gemeinshaftliche Scheuer der Landwirte Höttinger und König durch Feuer vollständig zerstört.

\* Leopoldsdorf bei Karlsruhe, 29. Juni. Das 5jährige Töchterchen des Landwirts Dürr fand beim Baden den Tod.

\* Ueber das Unglück auf dem Bodensee, das durch einen plötzlich einsetzenden furchtbaren Sturm verursacht wurde, berichtet uns nachträglich ein Augenzeuge, ein Fischer aus Altmanns-dorf-Staad bei Konstanz, nach folgendem: Seit Menschengedenken ist kein so folgenschweres Unglück über uns hereingebrochen, wie am 22. Juni d. J. An jenem Tag waren von allen Uferstaaten insgesamt ungefähr 180-190 Fischerboote anwesend, die dem Fischfang oblagen. Ein großer Teil der Boote war mit Motoren ausgerüstet. Ein Teil fischte auf dem Obersee zwischen Friedrichshafen und Romanshorn, ein anderer zwischen Langenargen und Rorschach. Bei stillem See hätten wir mit den Ruderbooten 1 1/2 Stunden gebraucht, um ans Ufer zu kommen. Gerade war nach 1 Uhr eine kleine Nebepause eingetreten, als ein schwaches Lüftchen anfang zu wehen; die meisten Boote zogen ihre Segel hoch; es währte aber nicht lange, denn schon nach 5 Minuten drach der Orkan los und die Segel mußten wieder fallen, soweit es nur möglich war. Wir hatten in unserem Boot das größte Segel; im nächsten Augenblick lag es schon im See, der Mastbaum wurde mit fortgerissen. Dies war unser Glück, denn sonst wäre das Boot umgeworfen worden und wir wären rettungslos verloren gewesen. Eine Stunde lang mußten wir alle Kräfte anspannen, um das Land zu erreichen. Am besten zu landen ist da, wo das Land flach ist. Sehr gefährlich, das mußten die Fischer August Meier und Peter Brunner und deren Knecht erfahren. Sie verlugten an stillem Ufer zu landen, kamen unterhalb Langenargen bei Schloß Montfort in das Wiedergewell (d. h. in die zurückfliegenden Wellen), das Boot füllte sich mit Wasser und kenterte. Der Knecht ertrank sofort, er verwickelte sich ins Garn. Die beiden anderen wollten sich durch Schwimmen retten, ihre Kräfte reichten jedoch nicht aus, die See verschlang sie. Die Fischer Brunner und der junge Sulger zogen das Segel zu spät, ihr Boot wurde vom Sturm umgeworfen, es gelang ihnen jedoch, auf das umgekehrte Boot zu klettern, wo sie ungefähr 15 Minuten verblieben mußten, bis Hilfe eintraf. Fischer Kaufmann von Egg kam mit seinem Motorboot zu Hilfe, nahm Genier in sein Boot auf; auf der anderen Seite des bedrohten Bootes kam eine zweite Hilfe, die den jungen Sulger aufnahm. Während diese Rettung vollzogen wurde, kam eine Sturmwelle und spülte Ruderboote über das Boot; er kam nicht mehr zum Vorschein. Der See schlug 3-4 Meter hohe Wellen, mit solcher Festigkeit,

daß Fischtrout auf die Telefonleitungen geschleudert wurde. Von den Leichen ist der Knecht von Peter Brunner geborgen. Auf Schweizerseite sind bei Rorschach und bei Grefbrunn etwa falls Fischer ertrunken, die Zahl konnte noch nicht festgestellt werden, sie wird aber auf 8-9 geschätzt. Eine ganze Anzahl leere Gondeln schwammen auf dem See umher. Nur teilweise konnten die Insassen gerettet werden. Der Sturm war so heftig, daß man auf 20 Meter Entfernung niemand mehr sehen konnte, wodurch die Hilfe sehr erschwert wurde. Dieser Sturm wird ein trauriges Blatt in der Geschichte der Fischerei auf dem Bodensee bleiben.

**Aus der Stadt.**

**\* Karlsruhe, 30. Juni.**

**Zur Scheidemann-Versammlung**

sind Karten für Nicht-Parteimitglieder, Mitglieder frei, zum Preise von 20 Pfg. in folgenden Verkaufsstellen zu haben:

Bei sämtlichen Gewerkschaften, in der Expedition des „Volksfreund“, im Parteisekretariat, Baumeisterstraße 10 bei den Vertrauensleuten der Partei, in den Zigarren-geschäften Josef Brehm, Schützenstraße 37, Fr. Köppen, Morgenstraße 45 und Müppurrerstraße 10, im Fahrtenhaus „Friedrich“, Adlerstr., in den Wirtschaften: Schmalzberger, Winterstraße, „Deutsche Erde“, Angartenstraße, „Auerhahn“, Schützenstraße, Schrämpel, Durlacherstraße, „Marxgraf Georg Friedrich“, Gerwigstraße, „Gambirushalle“, Erbprinzenstraße, „Palme“, Leisingstraße, „Neues Saalbau“, Bachstraße, Rhein Kanal, Rheinstraße.

Genossen und Genossinnen! Sorgt für einen regen Absatz der Karten! Agitiert für einen Massenbesuch der Versammlungen! Erscheint selbst vollzählig in den Versammlungen!

Ein Unfall infolge Mißachtung der Bauarbeitervorschriften. Seit dem Jahre 1904 besteht für das badische Land eine ministerielle Verordnung zum Schutze der an Bauten beschäftigten Personen. Im Paragraph 3 dieser Verordnung ist folgendes festgelegt:

„Baugruben, Gräben und dergleichen müssen entweder eine der Standfestigkeit des Materials entsprechende Abhöpfung erhalten oder sachgemäß abgesteift sein.“

Diese Vorschrift scheint entweder Herr Maurermeister Bindschädel nicht zu kennen, oder er hat sie willkürlich umgangen, es könnte sonst nicht vorkommen, daß er an einem seiner Neubauten in der Lauterbergstraße, für ein Fundament (Giebel) 2,50 Meter tief, senkrecht abgraben läßt, ohne auch nur eine einzige Absteifung anzubringen. Die Folge dieses vorschriftswidrigen Arbeitens war, daß diese 2,50 Meter hohe Erdwand am Montag gegen 6 Uhr abends einstürzte und einen Arbeiter verschüttete. Wie groß die Verletzungen des Arbeiters sind, konnte noch nicht festgestellt werden, er war bemüht als er mit dem Krankenauto im Diakonissenhaus ankam.

Die Schuld an diesem Unfall trifft in erster Linie Herr Bindschädel und in zweiter Linie die mangelhafte Baukontrolle, die hier in Karlsruhe besteht. Es sei dabei nicht dem Bauaufseher in Person, sondern einzig und allein dem System der Vorwurf gemacht, es ist geradezu unmöglich, daß ein einziger Bauaufseher in der Lage ist, fortwährend in ganz bestimmter Zeitabschnitten die Bauten so zu kontrollieren, wie dies im Interesse des Lebens und der Gesundheit der Bauarbeiter unter allen Umständen notwendig ist.

Herr Bindschädel, der sonst ein sehr energiegeladener Herr ist, würde besser daran tun, in Zukunft etwas mehr Energie für die Durchführung der Bauarbeiterschutzvorschriften an seinen Bauten zu verwenden, anstatt sich um die Organisation und Agitationsarbeit der Bauarbeiter zu kümmern. Es ist eine feststehende Tatsache, daß stets an den Bauten und bei jenen Unternehmern, bei denen die Arbeiter nie genug arbeiten können, die meisten Unfälle vorkommen. Vielleicht denkt über diese Feststellung auch einmal Herr Bindschädel nach.

**Die Bauarbeiterschutzkommission.**

\* Schwere Ausschreitungen von Studenten. Heute früh gegen 1/2 Uhr verübten etwa 15-20 Studenten auf Ludwig-Wilhelm- und Rudolfstraße durch lautes Schreien und Umherwerfen einer Blechbüchse Aufruhr. Während ein einschreitender Schutzmännchen den Namen eines der Beteiligten notieren wollte, wurde ihm von einem anderen Studenten das Notizbuch aus der Hand geschlagen. Gleichzeitig wurden ihm durch Faustschläge in das Gesicht mehrere Zähne eingeschlagen. Als der Schutzmännchen auf ihn einschlugen Studenten am Halbe saßen, drangen die übrigen Studenten ebenfalls auf ihn ein. Der Schutzmännchen wehrte die Angreifer zunächst durch Umfächeln mit den Händen ab; als aber einige Studenten immer wieder auf ihn einschlugen, machte er von seinem Säbel Gebrauch, bis ihm dieser entfiel. Nun wurde er durch zwei Studenten von neuem am Halbe gefaßt und gewürgt. Auch wurde ihm der Uniformrock und das Hemd zerissen und Helm und Säbel beschädigt. Nachdem er den Angreifern wiederholt vergebens gedroht hatte, er mache von seiner Schutzwaffe Gebrauch, wenn sie nicht von ihm abließen, gab er auf den Studenten Carl Burkhardt, welcher ihn von vorne am Halbe festhielt, drei Schüsse ab, wodurch dieser so schwer verletzt wurde, daß er um halb 5 Uhr früh im städtischen Krankenhaus hier verstarb.

Soweit der uns zugegangene Polizeibericht. Nähere Einzelheiten werden abzuwarten sein. Man kann aber jetzt schon sagen, wenn obige Angaben richtig sind: mit Arbeitern hätte der Schutzmännchen diese Geduld nicht gehabt und es muß schon schlimm zugegangen sein, bis der Mann zur Schutzwaffe griff.

**Reichstagsabgeordneter Philipp Scheidemann spricht nächsten Donnerstag, den 2. Juli, abends 8 und 9 Uhr, im „Colosseum“ und im „Kühlen Krug“ über: „Die politische Lage.“ Arbeiter! Sorgt für regen Absatz der Eintrittskarten und einen Massenbesuch dieser öffentlichen Versammlungen.**

\* Die Leiche der bekanntlich letzten Donnerstag beim Baden im Nagauer Hafen ertrunkenen Tochter des Herrn Direktor Wagner vom Karlsruher Lebensbedürfnisverein wurde heute morgen 6 Uhr in der Nähe der Unfallstelle gelandet.

**Veranstaltungen.**

\* Stadtparkkonzerte. Wegen des warmen Wetters finden die Vertikalkonzerte im Stadtpark von heute Dienstag ab abends in der Zeit von 8-11 Uhr statt. Heute spielt die Artilleriekapelle Nr. 50 unter Leitung des Herrn Obermusikmeisters Schötte. Das Inzerat, wonach das heutige Konzert um 4 Uhr nachmittags abgehalten wird, ist darnach richtigzustellen.

\* Sommertheater. In der heutigen Aufführung der Operette „Das süße Mädel“ wird an Stelle von Fr. Vagenhofer die Rolle der Lissi, Fr. Sonja Swerdlow fingen, während Frau Klein-Steinmann die Partie der Frizzi Deiringer von Fr. Eichberg übernommen hat.

**Kommunalpolitik.**

**Der Kampf einer Gemeinde um das elektrische Licht.**

Zu dem in der Nr. 143 unseres Blattes vom 24. Juni unter vorstehender Ueberschrift gedruckten Artikel wird uns aus Schutterwald geschrieben: Der Artikel Ihres h. Korrespondenten stellte die Tatsachen vollständig auf den Kopf. Es sei gestattet, im Interesse der Wahrheit eine genaue und wahrheitsgemäße Darstellung der Entwicklung der angeführten Frage in unserem Orte zu geben.

Am 12. Juni 1913 fand wegen dieser Frage hier im Gasthaus zum „Loh“ eine öffentliche Versammlung statt, zu der auch der Oberbürgermeister der Stadt Offenburg eingeladen war. Der von der Gemeinde mit den Vorarbeiten betraute Sachverständige, ein Ingenieur des Dampfmaschinenvereins, sprach über die Elektrizität im allgemeinen und gab dann auch die eingegangenen Offerten der Netzteilhaber an Stromlieferung bekannt. Die Stadt Offenburg forderte demnach pro Kilowattstunde 16 Pf., das Elektrizitätswerk der Gebrüder Hummel 14 Pf., beide niederspannungsseitig gemessen. Außerdem verpflichteten sich Gebr. Hummel, die nötigen Hochspannungsleitungen zwischen Schutterwald-Öfen und Schutterwald-Langhursch, zwei Filialorte der Gemeinde, auf eigene Rechnung zu erstellen. — Als nun in der Diskussion auf diesen Preisunterchied aufmerksam gemacht und der Wunsch geäußert wurde, Offenburg möchte uns eine gleich günstige Offerte machen, erklärte der Oberbürgermeister der Stadt Offenburg, es wäre absolut unmöglich, billiger als zu 16 Pf. zu liefern; er möchte für diese Offerte noch die Genehmigung des Gemeindevorstandes einholen und wisse nicht bestimmt, ob er diese nur erhalten würde. Hierauf erklärte der Sachverständige, daß auch Hummel mit 14 Pf. nicht auf seine Rechnung komme und wahrscheinlich in kurzer Zeit Schutterwald im Stich lassen werde. Als nun H. M. Albert Herrmann anfragte, ob, falls die Befürchtung des Sachverständigen eintreffen sollte, alsdann Offenburg nicht erneut bereit wäre, sich gegen die Stromlieferung mit uns in Verbindung zu setzen, erklärte der Oberbürgermeister von Offenburg: „Nein, jetzt oder nie! Den guten Namen spielen wir nicht!“

Am 14. Juni 1913 fand dann eine Bürgerauschusssitzung statt, in der die Frage des Strombezugs zur Beratung stand, es waren erschienen: der Gemeinderat vollständig und vom Bürgerauschuß 64 Mitglieder. Bei der Abstimmung stimmten für Strombezug von Alteneim zu 14 Pf. pro Kilowattstunde 61, für Strombezug von Offenburg zu 16 Pf. pro Kilowattstunde ein Mitglied, ein V. M. übte Stimmhaltung. Soweit war für den Strombezug von Alteneim entschieden. U. E. würde in jeder anderen Gemeinde unter gleichen Verhältnissen das gleiche Resultat erzielt worden sein. Noch am 12. Juni sagte man uns, auf 1. November 1913 können wir im Besitze von elektrischer Energie sein.

Am 20. Juli 1913 genehmigte der Bürgerauschuß sodann eine Kapitalaufnahme zum Bau des Ortsnetzes, am 22. August wurde der Bau des Netzes für Schutterwald an die Firma Brown-Boveri und am 1. September für Langhursch-Öfen an W. Reiter-Stuttgart vergeben. Soweit war unfererseits alles getan, was zu einer baldigen Versorgung mit Elektrizität zu tun nötig war.

Jetzt fehlen aber andere Kräfte zu wirken ein. Vom Gr. Bezirksamt Offenburg wurde dem Gemeinderat zur Auflage gemacht, keine Verträge mit Hummel abzuschließen, gleichzeitig wurde von der Stadt Offenburg aus hier verbreitet, Hummel bekomme von der Staatsbehörde keine Genehmigung zur Stromabgabe nach hier. Schutterwald bekomme, wenn es nicht an Offenburg sich anschließe, überhaupt niemals eine Elektrizitätsversorgung. Es kam aber noch besser. Was der Oberbürgermeister der Stadt Offenburg am 12. Juni als unmöglich erklärte, trat jetzt ein. Die Stadt Offenburg erklärte sich jetzt bereit, ebenfalls zu 14 Pf. den Strom zu liefern!

Es kam der 1. Oktober 1913, Elektrizität hatte die Gemeinde aber noch keine. Auch zu Anfang des Jahres 1914 noch nicht. Der hiesige Bürgermeister sprach mit zwei Gemeindevorständen in Karlsruhe bei der zuständigen Behörde vor; am Anfang des Jahres wurde Erledigung innerhalb 2-3 Wochen versprochen. Am 15. März wurde dem Gemeinderat ein Schreiben der Oberdirektion des Wasser- und Straßenwesens, Abt. Elektrizität, vorgelegt, in dem der Wunsch geäußert wurde, den Beschluß vom 14. Juni 1913 dahin zu ändern, daß die Gemeinde die elektrische Energie statt von Alteneim von Offenburg beziehe. Am 22. März beschloß jedoch der Gemeinderat die Aufrechterhaltung des Beschlusses vom 14. Juni 1913 mit 7 gegen 1 Stimme und 1 Stimmenthaltung. Am 2. April 1914 fand nochmals eine Beschlusssitzung im Bürgerauschuß in der Angelegenheit statt, es stimmten für Alteneim 32, für Offenburg 23, bei einer Stimmenthaltung. Am 10. Mai wurden die Verträge mit Hummel von 6 Gemeindevorständen unterzeichnet, am 9. Juni unterzeichnete auch der Bürgermeister. In der Zwischenzeit nun mußten hiesige Arbeiter vom hiesigen Gaswerk Unterschriften für eine Eingabe um Strombezug von Offenburg ein sammeln, ebenso wurde eine Eingabe zirkulieren lassen und mit allen Mitteln Unterschriften für dieselbe zu gewinnen gesucht. Es unterschrieben auch 80 Mitglieder des Bürgerauschusses.

Am 15. Juni 1914 erklärte Minister v. Bodman auf eine Anfrage des Abg. A. U. z. g. vom 11. Juni u. a., es werde vorausichtlich die Genehmigung des Anschlusses an das Alteneimer Werk stattfinden. Auf Betreiben des Gr. Bezirksamts Offenburg sollte nun am 25. Juni ein nochmaliger Beschluß stattfinden. 6 Gemeindevorstände sowie 37 Mitglieder des Bürgerauschusses übten der Beratung fern, weil sie sich sagten, daß aufgrund des Beschlusses vom 2. April, ferner auf Grund der unterzeichneten Verträge sowie der Erklärung des Herrn Ministers von Bodman jede weitere Erörterung überflüssig sei.

Das der wahre Sachverhalt. Es ist aus dem Biedergegebenen klar und deutlich ersichtlich, daß Schutterwald schon über ein Jahr im Kampfe um „mehr Licht“ steht. Wenn das Licht bis jetzt noch nicht eingetroffen ist, so sind dafür die Schuldigen nicht hier, sondern in erster Linie in Offenburg zu suchen. Man erwägt nicht schon jahrelang, wie es in dem Artikel heißt, sondern man entsetzt sich, wie es erste Pflicht jedes Gemeindevorstellers ist, schon in erster Abstimmung für das günstigste Angebot. Keinerlei „verwaltungsgerichtliche Geminnisse“ liegen vor, denn das Werk Hummel ist

nach jeder Richtung regierungsfreig geprüft und für leistungsfähig befunden.

Alle Sitzungen hatten den Erfolg, daß die Mehrheit für den Anschluß an Alteneim sich entschied. Die letzte Sitzung war nicht diejenige, in der die „Würfel“ fallen konnten, wie es in dem h. Bericht hieß. Die Schutterwälder erlauben sich, in der Frage besser unterrichtet zu sein und besser ein Urteil abzugeben zu können wie jener h. Artiller. Wenn es hier auch noch dunkel ist, so können wir Herrn h. doch versichern, daß schon am 14. Juni 1913 beim Schein der Petroleumlampe helle genug war, um zu erkennen, nach welcher Richtung wir unsere Interessen am besten wahren. Wenn Herr h. nochmals an dem Gang unserer Elektrizitätsfrage Kritik üben will, so möge er sich an jene Stelle wenden, die die Alleinjurisdiktion trägt an dem so unliebsamen Verlauf der ganzen Frage. Wir glauben, daß, wenn der h. Artiller unsere objektive Darstellung nun durchgelesen hat, und wenn er die Angelegenheit vom Standpunkt des sozialistischen Kommunalpolitikers betrachtet, er unsere Haltung nur billigen kann. Er wird bei objektiver Würdigung der ganzen Angelegenheit nichts anderes tun können, als sich auf unsere Seite, auf die Seite der Unterdrückten, zu stellen. F. A.

**Herr Wacker und der Index.**

Wie bereits gestern berichtet, fand am Sonntag in Gmündingen der Gantag der badischen Windthorfbünde statt. In einer anschließenden Zentrumsversammlung hielt Geißl, Rat Wacker eine Rede über die politische Lage in Baden und gab dann nach dem Bericht des „Neuen Mannheimer Volksblattes“ eine Erklärung ab, in welcher er feststellte:

1. Zweifellost ist die Indexkongregation von anderer Seite gegen mich und meinen Ausfall in Bewegung gesetzt worden. Von wem es geschieht ist, weiß ich mit Sicherheit nicht, und will Vermutungen nicht aussprechen. Meine eigene Kirchenbehörde, Erzbischof und erzbischöfliches Ordinariat, war daran in keiner Weise beteiligt. 2. Vor der Entscheidung der Kongregation ist weder mir selbst Gelegenheit geboten worden, mich irgendwie, sei es zur näheren Erklärung, sei es zur Verteidigung über die gegen mich geltend gemachten Anschuldigungen auszusprechen, noch ist die mir vorgelegte Behörde, Erzbischof und erzbischöfliches Ordinariat veranlaßt worden, über mich und mein Auftreten sich zu äußern. In Punkt 3 der Erklärung stellt Geißl, Rat Wacker fest, daß weder die Entscheidung der Kongregation, noch deren Gründe ihm mitgeteilt worden sind. Es heißt weiter: 4. Bis zur Stunde ist von Rom aus nicht das Geringste von mir verlangt oder mir auferlegt worden. 5. Die Zentrumsparthei und deren Arbeit wird von dieser Entscheidung der Indexkongregation in keiner Weise betroffen. Sie wird nach wie vor den Weg weiter gehen, den sie bisher gegangen ist. 6. Es ist eine selbstverständliche Pflicht des Gehorsams, daß ich einer vom H. Vater genehmigten Entscheidung der Indexkongregation mich unterwerfe. Unbeschadet dieser Pflicht wird meine politische Arbeit und meine politische Stellung von der Entscheidung der Indexkongregation nicht beeinflusst. Meine politische Arbeit durch mehr als vier Jahrzehnte hindurch fußt auf bestimmten Ueberzeugungen und Grundtatsachen, die ich die ganze Zeit hindurch unentwegt festgehalten habe und weiter festhalten werde, solange die Arbeit währt. Und meine politische Stellung fußt auf dem Vertrauen der Partei. Dies scheint durch die Entscheidung der Indexkongregation nicht ins Wanken gekommen zu sein.

Die Tagung des Windthorfbundes selbst hat in der Angelegenheit eine Erklärung gefaßt, in welcher Geißl, Rat Wacker Dank und Vertrauen für seine Führerschaft ausgesprochen hat. Bei der Tagung gab Landtagsabgeordneter Kopf namens der Zentrumsfraktion der Zweiten Kammer die Versicherung des Vertrauens und der Treue.

**Zum Attentat in Serajewo.**

**Die Ursache.**

Wien, 29. Juni. Zu der Ermordung des Erzherzogs und seiner Gemahlin werden noch folgende Einzelheiten bekannt:

Die Erregung in Kroatien und Bosnien unter den dort wohnenden Serben gegen die österreichische Herrschaft ist nicht erst jüngsten Datums. Seit einer Reihe von Jahren bereits hat sich der Fanatismus der dortigen Serben in einer Reihe von Attentaten geltend gemacht. Gegen die österreichische Herrschaft besteht ein förmliches Netz von Verschwörungskomitees und von Zeit zu Zeit gelang es der Wachsamkeit der Behörden, die Verschwörungen aufzudecken, bevor sie zur Reife gelangten. Die Reife des Thronfölners vollzog sich unter den größten Vorsichtsmaßnahmen. Ueber tausend Gendarmen waren aus allen Teilen des Landes in Serajewo zusammengezogen. Die spalierebildenden Truppen hielten die Jüsilisten in respektvoller Entfernung vom Wagenzuge des Erzherzogs. Der serbische Gesandte in Wien hatte den Thronfolger vor Antritt seiner Reise gewarnt. Jedoch hatte ihm der Thronfolger erklärt, daß ihn derartige Äußerungen wohlgeleitete Ratschläge von der Erfüllung seiner Pflichten nicht abhalten könnten.

**Die letzte Fahrt der Opfer.**

Serajewo, 29. Juni. Die Leichen des Erzherzogs und seiner Gemahlin werden heute abend mit der Bahn nach Metkowitz am adriatischen Meere übergeführt werden. Ein Kadaver wird sie dort einholen und Donnerstag früh kommt das Kadaver mit den Leichen nach Triest. Von Triest werden sie sofort nach Wien übergeführt, wo sie Donnerstag abend eintreffen. Am Freitag von 8 bis 12 Uhr sind die Leichen in der Hofburgkapelle aufgestellt. Am 4. Uhr Freitag mittag erfolgt die Einsegnung.

**Selbstmord eines verantwortlichen Kommissars.**

Serajewo, 29. Juni. Der Polizeikommissar, dem die Durchführung der Sicherheitsmaßnahmen anvertraut war, hat eine Stunde nach dem Attentat Selbstmord begangen.

**Belagerungszustand in Serajewo.**

Wien, 29. Juni. Auf die Nachricht von dem Attentat verfügte die Militärbehörde sofort, daß die Truppen, die an den Manövern teilnehmen sollten, mittels Extrazuges nach Serajewo gebracht werden sollen. Die Truppen sind in den Kasernen bereit gehalten. Ueber Serajewo wurde sofort nach dem Attentat der Belagerungszustand verhängt. Sämtliche Läden wurden geschlossen.

**Demonstrationen gegen die Serben.**

Serajewo, 29. Juni. Die antiserbischen Demonstrationen nehmen einen äußerst bedrohlichen Charakter an. Die Serben müssen sich in ihren Lokalen förmlich verbarrieren, da auch bekannt wurde, daß viele von ihnen Waffen bei sich führen. Die ganze Nacht wurde die Untersuchung fortgeführt. Ihre Häden führen unzweifelhaft nach Belgrad. In der Wohnung der Verhafteten fand man großserbische Flugchriften. Die Einzelheiten aus dem Verhör werden geheimgehalten.

Mostar, 29. Juni. Hier kam es zu großen Demonstrationen gegen die Serben. Mehrere Serben wurden blutig mißhandelt. Auch aus Kewefinje und anderen Ortschaften werden Demonstrationen gegen die Serben gemeldet.

Budapest, 29. Juni. Um 1 Uhr nachmittags haben die Demonstrationen in Serajewo heute wieder begonnen. Auch auf das Hotel Europe wurde von den Demonstranten ein Angriff unternommen. Kein einziges serbisches Gebäude wurde verschont. Man drang in die Wohnungen der Serben und zertrümmerte Tische und Bänke. Im Laufe des Vormittags wurden weitere Verhaftungen vorgenommen. So wurde der angesehene Juwelier Jovic verhaftet, bei dem man vier geladene Revolver fand. Als man Jovic zur Wache führte, trat auf der Straße ein Moskoc auf ihn zu und spuckte ihm viermal ins Gesicht.

**Das Befinden der Verletzten.**

Serajewo, 29. Juni. Das Befinden der bei dem Bombenattentat Verletzten ist verhältnismäßig günstig und dürften alle Verletzten innerhalb kurzer Zeit das Spital verlassen können. Dem schwerverletzten Oberleutnant Merizki, der im Garnisonlazarett liegt, wurde die fürstbare Kunde von dem Tode des Erzherzogs und dessen Gemahlin noch nicht mitgeteilt.

**Ein neuer Anschlag.**

Serajewo, 29. Juni. Ein junger Bursche warf heute vormittag eine Bombe, die explodierte. Mehrere Personen erlitten durch die umherfliegenden Bombensplitter Verletzungen. Schwer verletzt wurde ein Türke. Der Bombenwerfer wurde verhaftet.

**Die Berliner Presse und das Attentat.**

Das „Berliner Tageblatt“ schreibt: Ein graujames Geschick will es, daß auf die Schultern des ehmüdigsten unter den Monarchen Europas noch eine so fürchterliche Last gelegt wird. Im Interesse des verbündeten Oesterreich-Ungarn muß man hoffen, daß er die Kraft haben wird, zu allem bisherigen Unglück auch dieses noch zu tragen.

Der „Vorwärts“ schreibt: Abscheu und Unwillen über die Sinnlosigkeit einer solchen Gewalttat, die auch die Frau des Ermordeten nicht verschonte, weckte die Kunde dieser graujamen Tat. Denken wir auch an den greisen Mann, der auf dem alten vermorrenden Kaiserthron sitzt, der eben erst eine schwere Krankheit überunden hat. Ein trauriger Lebensabend. Sinnlos und nutzlos erscheint uns die Tat.

**Die russische Presse.**

Petersburg, 29. Juni. Der Petersburger „Kurier“ ist der Ansicht, daß das tragische Ereignis für ganz Europa und Oesterreich selbst wie ein Blitz aus heiterem Himmel gewirkt hat. Das Blatt gibt dem Wunsche Ausdruck, daß das frisch geöffnete Grab die österreichische Regierung zum Nachdenken zwingen wird und sich überlegt, ob es nicht an der Zeit sei, die bisherige Politik anders zu orientieren. — Die „Petersburger Zeitung“ hofft, daß die österreichische Regierung Einsicht genug haben wird, das Verbrechen von Serajewo nicht mit der Verdoppelung der Zwangsmahregeln gegen die Slawen, die diese schrecklichen Verbrechen beurteilen, beantworten wird.

**Letzte Nachrichten.**

**Badischer Städtetag.**

Karlsruhe, 29. Juni. Der diesjährige ordentliche Städtetag der mittleren Städte Badens wird am 13. Juli in Weinheim stattfinden. Dem Verband gehören noch dem Jahresbericht 2 Städte an. Für den Städtetag sind einige Vorlagen vorbereitet worden. Ein Antrag wünsch die Berichtigung der Steueransätze im Grundbuch. Ein Antrag des geschäftsführenden Ausschusses beschäftigt sich mit dem Verhältnis zwischen der Gemeinde und der Volksschule und knüpft an die vor kurzem erlassene Verordnung über die Volksschulbehörde an.

**Landtagsersatzwahl.**

München, 29. Juni. Bei der Landtagsersatzwahl im Wahlkreis Fürt h wurde der Arbeitersekretär Endres gegen den Kandidaten der rechtsstehenden Parteien, Gymnasiallehrer Helmreich, gewählt.

**Haftbefehl gegen Veranstalter der „Roten Woche“.**

Rom, 29. Juni. Man meldet, daß in Ancona und in der Umgebung 110 Haftbefehle gegen die Agitatoren während der sogenannten „Roten Woche“ erlassen worden sind. Wisher sind 60 Haftbefehle vollzogen worden. Unter den Verhafteten befinden sich zahlreiche Angehörige der Arbeiterkammer und des Arbeiterhyndikats. Bei den beschlagnahmten Papieren hat man mehrere Gutscheine entdeckt, mittelst deren die Arbeiterkammer während der Unruhen sich zu ihren Zwecken Geld verschaffte.

**Briefkasten der Redaktion.**

H. Durlach. Artikel kommt.  
E. Offenburg. Wir hatten schon einen Gerichtsbericht im gestrigen zweiten Blatt. Sie kamen also leider zu spät. Gruz.

**Vereinsanzeiger.**

Karlsruhe. (Arbeiter-Modafahrerbund „Solidarität“.) Mittwoch, 1. Juli, Abendausfahrt mit Musik nach Weingarten zum Besuch der neugegründeten Mitgliedschaft. Abfahrt pünktlich um 8 Uhr vom Durlacher Tor. 1980  
Aue h. D. (Sozialdem. Verein.) Umständehalber findet am Dienstag, 30. Juni, abends 9 Uhr, in der „Blume“ Mitgliederversammlung mit sehr wichtiger Tagesordnung statt. Es bittet in Anbetracht deshalb um zahlreiches Erscheinen. Der Vorstand.  
Grödingen. (Sozialdem. Verein.) Kommen den Donnerstag, 2. Juli, im „Löwen“ Mitgliederversammlung, in der Bericht über den badischen Parteitag erstattet wird. Vollzähliges Erscheinen wird erwartet. 1989

ch sten  
politische  
igen.

**Pfannkuch & Co**

**Tomaten**

Pfund **25** Pfg.

Frische 1984

**Bohnen**

Pfund **20** Pfg.

**Schlangen-  
Gurken**

Stück **23** Pfg.

**Pfannkuch & Co**

G. m. b. H.   
in den bekanntesten  
Verkaufsstellen.

**Brückenbau.**

Der Neubau einer hölzernen  
Brücke über die Federbach auf  
Gemarkung Wörsch - Wölfch-  
dammbrücke - samt dem Ab-  
bruch der alten Brücke soll ver-  
geben werden.

Angebote sind verschlossen, mit  
entsprechender Aufschrift und unter  
Verwendung der besonderen Vor-  
drucke spätestens bis

**Freitag, den 10. Juli 1914**  
vormittags 10 Uhr

bei uns einzureichen. Beding-  
ungen und Pläne können auf dem  
Bauamt, Rathaus, Zimmer  
Nr. 116, eingesehen und dort  
auch Angebotsvordrucke erhoben  
werden.

1841  
Karlsruhe, den 20. Juni 1914.  
Städtisches Bauamt.

**Werderstr. 64, 4. St. L.** ist  
ein gut möbl. Zimmer  
zu vermieten.

**Ublerstr. 5, 4. Stod.** ist ein  
möbl. Zimmer auf  
lofort zu vermieten. 1976

**B-Baj** wenig gebraucht, billig  
zu verkaufen.  
Durlacherstraße 13, 2. Stod.

**Am Mittwoch den 1. Juli**

beginnt unser diesjähriger grosser

**Saison-Ausverkauf**

Um eine möglichst vollständige  
Räumung zu erzielen, verkaufen wir

**sämtliche Waren**

zu bedeutend herabgesetzten Preisen:

**teils bis zur Hälfte**

des sonstigen regulären Preises

**und noch darunter**

Von der Preisherabsetzung ausgeschlossen  
sind Lebensmittel sowie Marken-Artikel.

**Herm. Tietz**

**Pfannkuch & Co**

Heute frisch  
eingetroffen:

**Kirschen**

Pfd. **17** Pfg.  
von an

**Bananen**

Pfd. **30** Pfg.

Ferner in einigen  
Filialen:

**Johannis-  
beeren**

Pfd. **18** Pfg.

**Stachel-  
beeren**

Pfund **23** Pfg.

**Pfannkuch & Co**

G. m. b. H.   
in den bekanntesten  
Verkaufsstellen.

Eine Partie 1976

**Damenhemden  
Damenhosen**

95 Pfa.

**Wilhelmstraße 34, 1 St.**

Zu verkaufen: 1 Bett,  
1 Tisch, 2 Stühle, 1 Herd,  
1 Küchenschrank, 1 Kommod  
billig abgegeben. 1982

**Lüchtige Schlosser**  
(Anschläger) 1981

sofort dauernd gesucht.  
Oskar Maier, Werwigerstr. 9.

**Wilhelmstr. 47, 4. St. r.**  
ist ein einfach, freundlich  
möbl. Zimmer sof. billig zu verm.

**Kinder-Klappwagen**, gut er-  
halten, wird zu kaufen gesucht.  
Werderstr. 96, 5. Stod.

**Sommertheater.**

Dienstag, den 30. Juni 1914  
abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr 1954

7. Gastspiel des Herrn Karl  
Brückel v. Theater a. d. Wien

**Das süße Mädel**

Dans: Herr Karl Brückel.

**Todes-Anzeige.**

Freunden und Bekannten die traurige Nachricht,  
daß unsere liebe Tante, Mutter, Großmutter und  
Schwiegermutter 1970

**Friederike Wüft**

plötzlich schnell durch einen Schlaganfall uns entziffen  
wurde.

Karlsruhe, 30. Juni 1914.

Die trauernden Hinterbliebenen:

**Familie Wüft.**

**Familie Kunz.**

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 1. Juli,  
nachmittags 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, von der Friedhofkapelle aus statt.

**Geschäfts-Empfehlung.**

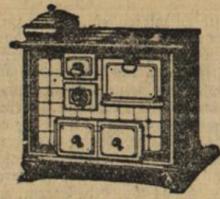
Empfehle mich dem geehrten Publikum in  
allen vorkommenden Maler- und Anstreicher-  
Arbeiten sowie im Tapezieren von Zimmern  
etc. bei prompter, solider Arbeit und billigster  
Berechnung.

Achtungsvoll 1958

**Emil Däschner, Malergeschäft**

Werkstätte: **Schützenstr. 13.**

**HERDE**



in Email und schwarz lackiert,  
erf. Fabrikate. Billige Preise.  
Teilzahlung gestattet. 1958

**A. Schwinn, nur Steinstr. 25**  
Teleph. 8573 am Lidellplatz.

Der  
diesjährige  
**Inventur-  
Ausverkauf** beginnt Mittwoch, den 1. Juli.

**W. Boländer**  
Kaiserstraße 121

Mein **Inventur-**

# Ausverkauf

beginnt **Mittwoch, den 1. Juli 1914.**

Da unsere Läger in diesem Jahre ausserordentlich gross sind, sehen wir uns veranlasst, **Preisreduktionen** vorzunehmen, wie solche

**: noch nie da waren :**

In allen Abteilungen werden auf die Waren grosse Abschreibungen gemacht mit Einheitspreisen ausgezeichnet ohne Rücksicht auf den früheren Wert. Unser diesjähriger Ausverkauf ist daher ein

# Ereigniss

für jeden Käufer, Sie kaufen bei uns keine sogenannten Ladenhüter, da mein Geschäft noch jung ist und die Vorräte grösstenteils aus letzter Saison stammen. Der Ausverkauf wird Abteilungsweise vorgenommen und zwar gelangt

**Mittwoch** 1. Juli **Donnerstag** 2. Juli **Freitag** 3. Juli **Samstag** 4. Juli

Das gesamte **Damen- und Kinder-Konfektionslager** zum Verkauf Es sind

viele **1000** Stück im Werte von weit mehr als **100 000** Mk.

Wegen des Andrangs an den Nachmittagen, bitte ich, die **Japanisch-Kunsthandwerker** nach Möglichkeit an den Vormittagsstunden zu besuchen.

Mode- und Aussteuerhaus  
**Landauer**

## Wer

gut u. billig anstreichen will **kauft** strichfertige Farben, Lacke, Firnisse etc. am besten im **Farben-Spezialgeschäft** **Werderplatz 35** Waldstr. 15, b. Colosseum **Malerbedarfsartikel** en gros en détail.

## Verpachtung eines Mühlenanwesens.

Das der Stadtgemeinde Karlsrube (Baden) gehörende, an der Mils bei Daxlanden liegende Mühlenanwesen soll auf 1. Oktober d. J. öffentlich verpachtet werden.

- Es besteht aus:
- a. einem Wohnhaus mit Mähd- und Sägemühle mit Wasser- und Turbinenanlage;
  - b. einem Wirtschaftsgelände mit Garten und Schwaier;
  - c. aus rund 88 000 qm Garten, Acker- und Wiesengelände.

Für das unter b aufgeführte Anwesen wird getrennte Verpachtung vorbehalten. Pachtlichhaber wollen ihr Angebot schriftlich, portofrei, verschlossen und mit entsprechender Aufschrift längstens **Mittwoch den 8. Juli d. J. vormittags 10 Uhr** bei der unterzeichneten Amtsstelle einreichen, bei der auch die Pachtbedingungen eingesehen werden können und die nähere Auskunft erteilt. **Karlsruhe den 15. Juni 1914.** **Städt. Tiefbauamt.**

Ein vollständiges **Bett**, **Eschrank**, **Kommode**, **Verfio**, **Küchenschrank**, sechs **Stühle** sind billig abgegeben. 1900 **Markgrafenstrasse 16.**

Ein **Holländer** billig zu verkaufen bei **1900** **R. Waier, Markgrafenstr. 16.**

## Voranzeige!

Morgen, 1. Juli, beginnt unser **Saison-Ausverkauf** mit unerreichten Vorteilen!

### Zur gefl. Beachtung!

Wir haben dieses Mal unterlassen, **frühere** und **jetzige** Preise gegenüber zu stellen, da bei der Vielseitigkeit unserer Angebote dieses fast eine Unmöglichkeit ist. — Wir bitten deshalb um **zwanglose** Besichtigung unserer z. Verkauf kommenden **Damen- und Kinder-Konfektion**, dabei wird jeder Käufer die Ueberzeugung gewinnen, dass unsere Angebote nichts **Alltägliches** sondern von dem prinzipiellen Bestreben geleitet sind, selbst **unter grossen Opfern** die Räumung der Sommerbestände in Modeartikeln zu bezwecken. — Verkauf nur solange Vorrat! Wir bitten um Besichtigung unserer Schaufenster **Lamm- und Zähringerstrasse**, welche mit Saison-Ausverkaufsartikeln dekoriert sind.

## Geschw. **KNOFF**

### Kaiserstrasse 145

Gingang **Lammstrasse**, ist im 3. Obergeschoss eine **Wohnung** von 7 Zimmern und Zubehör auf sofort oder später zu vermieten. Näheres beim **Hdft. Hochbauamt**, **Karl-Friedrichstrasse 8, Zimmer 109.** 1904

Ein fast neues **Damenrad** wegen Platzmangel billig zu verkaufen. 1904 **Markgrafenstrasse 16.**



### 75 000 Uhren

Infolge des Balkan-Krieges bin ich gezwungen, 75 000 Stk. mit Silber-Uhren mit vorzüglichem 86stündigem Anker-Remontoirwerk in Rubinsteine laufend, welche für die Türkei bestimmt waren, zum Spottpreis zu verkaufen:

- 1 Stück . . . Mk. 3.—
- 2 Stück . . . Mk. 6.00
- 5 Stück . . . Mk. 13.50

4 Jahre schriftliche Garantie, risikoloser Umtausch gestattet od. Geld retour

1973

Uhren-Centrale **Simon Lustig, Neu-Sandez Nr. 452**

# Zum Umzug

empfehlen wir in **besten Qualitäten:**

- la. Kernseife** garant. vollwichtig geschnitten mit Pressung „Pfannkuch-Seele“ **weiße, 33 Pfg.** ohne Pressung mit 15% Einschnitt **weiße, 29 Pfg.** **gelbe, 27 Pfg.**
- la. Fußbodenlack** schnell trocknend, in verschiedenen Farben (laut Musterkarten, die in den Filialen zu haben sind) **2 Pfd. 95 Pfg.**
- la. Bodenwische** gelb oder weiß **Wischen Sie auf Qualität!** **1/2 Pfd. 40 Pfg.** **1/2 Pfd. 70 Pfg.** **2 Pfd. 1 35 Mk.**
- Schmierseife** gelbe Glycerin, **Pfd. 20 Pfg.** weiße Salmiak, **Pfd. 23 Pfg.**
- la. Reis-Stärke** offen, Pfd. **32 Pfg.**
- Crème-Stärke** Hofmann **1/2 Pfd. 20 Pfg.** Karton
- Washkrystall** Palet **4 Pfg.**
- Bleich-Soda** 1/2 Pfd.-Palet **8 Pfg.**
- Seifenpulver** 1/2 Pfd.-Palet **4 Pfg.** an.
- Fettlaugenmehl** 8108 **Pfd. 10 Pfg.**
- Borax** ganz oder gemahlen, 125 Gramm **10 Pfg.** Palet **30 Pfg.** offen Pfd.
- Seifenpulver** erweist Soda, Seife und Sand. Palet **10 Pfg.**
- Wunder-Glanz-Stärke** Palet **24 Pfg.** für und fertig zum Gebrauch, kein Zusatz mehr nötig.



# Zum U M Z U G

## ab morgen Inventur-Ausverkaufspreise

### Gardinen

Tüll-Gardinen, abgepasst, Fenster . . . 9.75 7.50 **5.25**  
 Tüll-Gardinen Stückware . . . Meter 1.15 90 **75.5**  
 Tüll-Scheiben-Gardinen . . . Stück 85 60 **38.5**  
 Tüll-Brise-Bises . . . Stück 75 50 **28.5**  
 Alover-Tüll, Spannstoff . . . Meter 1.40 80 **55.5**  
 Tüll-Stores, neue Muster . . . Meter 8.50 5.75 **3.96**  
 Cöper-Stores, weiss und crème . Stück 5.50 3.25 **1.85**  
 Tüll-Bett-Decken für 2 Betten, Stück 14.50 10.— **6.75**  
 Madras, Stückware . . . Meter 1.10 90 **68.5**  
 Mull-Tupfen, ca. 125 cm breit . . . Meter **1.10**

### Dekorationen

Leinen-Garnituren, 2 Flügel, 1 Querbeh. 9.25 6.75 **4.50**  
 Madras-Garnituren, 2 Fl., 1 Querbeh. 15.75 12.— **7.50**  
 Allover Tüll-Garnituren, 2 Fl., 1 Querbeh. 15.— 11.75 **6.90**  
 Mull-Garnituren, 2 Flügel, 1 Querbehang . . . **12.50**  
 Kuchelleinen, ca. 180 cm breit . . . Meter **1.90**  
 Kuchelleinen, ca. 150 cm breit . . . Meter **2.30**  
 Leinen-Plüsch, viele Farben . . . Meter **2.60**  
 Galerieborden in Tüll . . . Meter 1.20 **95.5**  
 Galerieborden in Leinen . . . Meter 95 **65.5**  
 Galerieborden in Filz . . . Meter 75 **48.5**

### Decken

Jacquard-Schlafdecken, Baumwolle St. 5.25 3.90 **2.35**  
 Jacquard-Schlafdecken, Halbwole St. 9.50 6.75 **4.90**  
 Jacquard-Schlafdecken, reine Wole St. 21.00 16.50 **12.75**  
 Steppdecken, doppelseitig, Satin . . . 16.00 13.50 **8.95**  
 Filz-Tischdecken, viele Farben . . . 5.50 3.75 **2.25**  
 Tuch-Tischdecken, beste Qualitäten . 16.50 12.00 **7.75**  
 Plüsch-Tischdecken, grosse Auswahl 15.— 11.50 **6.75**  
 Leinen-Tischdecken, neueste Ware . . 9.75 6.50 **3.90**  
 Künstler-Tischdecken, garant.waschecht 6.50 5.25 **3.75**  
 Diwan-Decken, Gobeline gewebt . . . 17.50 12.— **8.75**

### Messing-Garnituren

komplette, 80 mm Rohre, 150 cm lang,  
 2 Träger, 10 Ringe, 2 Endknöpfe . . Mk. **2<sup>25</sup>**

### China- und Japan-Matten

in vielen Grössen und Farben zu haben.  
**Grosse Auswahl.**

### Wachs-Tuche

85 cm	100 cm	115 cm	140 cm
<b>95.5</b>	<b>1.20</b>	<b>1.50</b>	<b>1.85</b>

### Teppiche

	185/200 cm	170/340 cm	200/300 cm
Axminster-Teppiche	18.—	27.—	36.—
Tapestry-Teppiche	14.50	26.—	36.—
Velour-Teppiche	18.—	29.—	42.—
Bouclé-Teppiche	18.—	29.—	42.—

### Läuferstoffe

Jute-Läufer, Fantasiegewebe . . . Mtr. **95 60 38.5**  
 Tapestry-Läufer, schöne Muster . **4.20 2.80 1.90**  
 Bouclé-Läufer, gestreift mit Tante . . **2.60 3.90**  
 Stuhl-Läufer, ca. 40 cm breit . . . **1.50 90 65.5**

### Bettvorlagen

Perser-Vorlagen, imitiert, doppelseitig . **2.50 1.65**  
 Axminster-Vorlagen . . . **5.90 4.25**  
 Tapestry-Vorlagen . . . **5.25 3.50**  
 Bouclé-Vorlagen . . . **5.50 3.75**

# LINOLEUM

Linoleum-Teppiche	bedruckt	150/200 cm	200/250 cm	200/300 cm		
		<b>5.75</b>	<b>10.—</b>	<b>13.50</b>		
Inlaid-Linoleum-Teppiche		<b>9.50</b>	<b>16.—</b>	<b>21.—</b>		
	Muster durchgehend					
Linoleum-Läufer	bedruckt	60 cm	67 cm	90 cm	110 cm	133 cm
		<b>78.5</b>	<b>95.5</b>	<b>1.35</b>	<b>1.60</b>	<b>1.95</b>
Linoleum	200 cm br., bedruckt					
	laufende Meter	<b>2.35</b>	<b>2.90</b>	<b>3.75</b>	<b>4.50</b>	<b>4.90 5.75</b>
Inlaid-Linoleum-Läufer	Muster durchgehend	<b>67 cm</b>	<b>90 cm</b>	<b>100 cm</b>	<b>110 cm</b>	<b>133 cm</b>
		<b>1.65</b>	<b>2.35</b>	<b>2.60</b>	<b>2.95</b>	<b>3.30</b>

### Bett-Federn

Landrupf I daunenreich . . . . . **2.75**  
 Landrupf II daunenreich . . . . . **3.50**  
 Landrupf III daunenreich . . . . . **4.25**

# LANDAUER

Mode- und Aussteuerhaus

1907

## Sterbekassenverein Karlsruhe

Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit. Gegründet 1880.

Am Samstag, den 18. Juli 1914, abends 8 1/2, findet im Nebenzimmer des Gasthauses zum „Herzog Berthold“, Adlerstr. 23

## Mitgliederversammlung

statt. Tagesordnung gemäß § 29 der Satzung:

1. Rechenschaftsbericht und Entlastung des Vorstandes und Aufsichtsrats.
2. Verbescheidung der Rechnungen.
3. Neuwahl des Vorstandes und Aufsichtsrats.
4. Beschlussfassung über die etwa eingegangenen Anträge.

Anträge sind spätestens bis zum 6. Juli an den Vorstand einzureichen.

Der Vorstand.

Witzner, 1. Vorsitzender

## Zu Sonderpreisen.

# Sandalen

für Kinder

breite moderne Form. 1906

28/26	27/30	31/35
<b>1.90</b>	<b>2.25</b>	<b>2.50</b>

## Schuhhaus Münzner

Südstadt: Werderpl. 34. — Mühlburg: Rheinstr. 12

Sportwagen, gebraucht, noch stark, für 2 Wirt zu verkaufen. Parkstr. 4a, Dintb. 3. Et. I.

Junge Schnauzer, Pfeffer verkauft Emil Ghrle, Ettlingen, Färberstrasse 5

## Tagschneider und Großstückarbeiter

sucht

Hans Leyendecker.

NB. Nur erste Kräfte wollen sich melden. 1971

Herde, Ofen, Gasherde, Kühen- u. Haushaltungs-Artikel, Glas- u. Porzellan-Waren

kauft man immer noch am besten und billigsten bei

## Ernst Marx

45 Luisenstrasse 45

Telephon 3086.

## Verkaufe und Kaufe

fortwährend neue und getragene Herrenkleider, Schuhe, Stiefel, blaue Arbeitsanzüge, gedr. Uhren, Waffen, Gold und Silber, Brillanten, Zahngelüste, Pfandsgelms, Möbel, Reisekoffer.

Erstes größtes An- u. Verkaufsgeschäft Levy Markgrafstr. 22. Tel. 2015.

## Räumungsverkauf

Weisse und farbige Blusen, Kostümstücke staunend billig. keine Ladenspeisen. Wilhelmstrasse 34, 1 Tr.

Kinderliegewagen, Klapp-sportwagen, billig zu verkaufen. Zachnerstrasse 18, part. rechts.

Morgen Mittwoch, den 1. Juli 1914

beginnt mein

# Inventur-Ausverkauf

und bietet sich hier eine selten günstige Kaufgelegenheit in

Damenkleiderstoffen, Kostüm- u. Blusen-Stoffen, Wasch-Stoffen, Herren-Anzug-Stoffen, Weiss-waren, Tischwäsche, Damen-wäsche, Tricotagen, Gardinen, Jacquard-Decken etc. . . . .

Reste liegen in grosser Zahl auf.

# H. Feibelmann

175 Kaiserstr. 175, I. Etage im Konfektionshaus von Hirt & Sick Nachf.

No. 148. Seite 8.

Ein Babglück hat am letzten Samstag die Städt. Bibliothek mehr als 1000 Bücher, das Urteil der Berufung verworfen, kam die folgende:

Sie Entschieden gut gerichtet, wenn man die demokratischen Verhältnisse darf man von Standesamtlichen der Kreisämter teils dient, es gewesen, feiten keine Scheitel, vorgehen, d. jenseits lo. Jedes erbeten werden Gelegenheiten seiner Unpo- heit, das einigermoh- Justizrat v. 11. 8. 1914. Recht" erl.

\* Sur die Frist a begehenden 16 Herren Bewerbung- terer Hand Stellvertret- bracht.

\* Ein Münchener Ehrengesche demokraten trägt, Patt- tung bewill- gezogen, un- durch die b

\* Öffn- des Hausho- Genossen a Arbeiter hi- Ben 200 M- blichen 20- 80 Jahre i- mähnen be- werden, hie

\* Riber- gemeindung beizindart- führung der- heimer Sta- den sollten. von den dro- bedürftigen eine sehr h- (sch) jedoch ihrer Leute- lichen Par- nämlich ein- ber ersten, Ableitung g- ten noch be- geistliche Ke- ordnung ga- 21 Stadtoer- tem Anteilu- einfluß.

Der St- Carl Frey nicht aufhö- Mütter, wel- Herrn Frey- Mode durch- Er lieb dur- Antrag bei- Antrag- Geschen der- lung hier, a a n d e r i- Wahlenarbe- Prälatenle- 2. Wirt An- Antraggegeg- Als Be- triebe der S- hiffenengen- anstweilen Ich leg- der Brauer- helenen: a und Wexge- mberung hi- amann